

ihren
ge, mö
behande

wert
mang
n Staa
das Re
en Ale
weiten
and wu
schäft
der Me
dort
s fülle
urde
ue unwe
der Me
hat em
größere
bisher
die Aus
stafelt
angurend

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Fernruf:

„Tagblatt-Hand“ Nr. 6650-53.
Von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, 2.- vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangierlohn. 2.- vierteljährlich durch alle deutschen Buchhandlungen, einschließlich Fernabsatz.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Kreiskreis“ und „Meinere Anzeigen“ in einwöchiger Spalte; 20 Pfg. für abweichende Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 M. für lokale Werbeanzeigen; 2 M. für auswärtige Werbeanzeigen. Wenige, halbe, dritte und vierte Zeilen, durchlaufend, nach übereinstimmender Berechnung. Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen ermäßigender Rabatt.

Anzeigen-Kunstmaterie: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr mittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Wilmersstr. 86, Fernspr.: Amt 1450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an besonderen Tagen und Plätzen wird keine Gebühr erhoben.

Samstag, 25. April 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 191. • 62. Jahrgang.

Herr v. Loebell und das Zentrum.

Die liberalen Parteien haben keine Veranlassung, Herrn v. Loebell einen die Grenze der Vorsicht überschreitenden politischen Kredit zu gewähren, sie finden in der früheren Tätigkeit, in der Person und in dem Charakter des neuen Ministers aber auch keine Notigung dazu, ihm mit einem lähmenden Mißtrauen zu begegnen. Da Herr v. Loebell bald genug in die Lage kommen wird, durch Taten zu zeigen, in welchem Geiste er sein Amt zu führen beabsichtigt, so können diese Taten ruhig abgewartet werden; zum Urteilen wird dann immer noch Zeit sein. Indessen wenn etwas geeignet ist, für den Nachfolger des Herrn v. Dollwitz einzunehmen, so ist es die befremdliche Unruhe, die seine Ernennung bei den Konservativen wie auch beim Zentrum erregt hat. Die Verstimmung der Konservativen ist ja nicht ganz unverständlich, denn ein Minister, der seinerzeit mit dem Fürsten Bülow auf dem Boden der Überzeugung stand, daß das preussische Wahlgesetz durchgreifend geändert werden mußte, erscheint den Führern der Rechten und ihrer Gefolgschaft naturgemäß verdächtig. Zwar ist bisher in keiner Weise darauf vorbereitet worden, daß der Landtag sich in absehbarer Zeit, etwa im nächsten Winter, mit einer neuen Wahlrechtsvorlage zu befassen haben werde, aber auch das Unausgesprochene kann sich Gehör verschaffen, und in diesem Falle geschieht das auch, es braucht uns nicht nachdrücklich gesagt zu werden, damit wir alle, die öffentliche Meinung in Preußen und im Reich, die Freunde und die Gegner einer Wahlreform, es erfahren und wissen, daß es so wie bis heute mit der Verflechtung der Wahlrechtsvorlage nicht weitergehen kann, daß diese Vorlage kommen muß und daß sie auch kommen wird. Die Erfindung der überhöhten Formel, nach der ein zweiter Entwurf nicht eingebracht zu werden braucht, weil mit dem ersten schon die Verheißung der Thronrede erfüllt worden sei, diese allzu kluge Unklugheit ist das nicht gerade beneidenswerte geistige Privateigentum des Herrn v. Dollwitz, und ein Mann wie Herr v. Bethmann-Hollweg darf nicht beargwöhnt werden, als gefalle ihm solche antönlige Auslegung. Auch Herr von Loebell steht außerhalb der Vermutung, daß er derartiges mit seinem Namen und seiner Amtsführung zu decken wünschte. Also, wie gesagt, die Konservativen haben schon einigen Grund dazu, dem neuen Minister des Innern zu mißtrauen, und auch das mag wiederholt werden, daß gerade dieses Mißtrauen den Liberalen ihre Stellung zu Herrn v. Loebell erleichtert, zum mindesten nicht erschwert. Warum nun aber das Zentrum den jetzigen Minister des Innern mit seiner Abneigung beehrt, das ist weniger leicht zu verstehen. Denn gegen eine Reform des preussischen Wahlgesetzes ist das Zentrum doch eigentlich nicht vorweg eingenommen; eine Reform freilich, die vielleicht die Drittelung nach Wahlbezirken beseitigte, würde von dieser Partei bekämpft werden. Jedoch brauchte das Zentrum nicht um dieser Möglichkeit willen von vornherein nein zu einer Neuordnung zu sagen, und bestehen bleibt jedenfalls, daß die Reformforderung wiederholt und nachdrücklich auch vom Zen-

trum aufgestellt worden ist. Gleichwohl fahren die liberalen Blätter, vor allem die „Germania“, schwerstes Geschütz gegen Herrn v. Loebell auf. Er wird beschuldigt, die treibende Kraft bei der Vorbereitung der Reichstagsauflösung im Jahre 1906 und bei der Blockpolitik gewesen zu sein, er soll alles getan haben, um den Konflikt des Fürsten Bülow mit dem Zentrum herbeizuführen und zu verschärfen, er soll während der Blockpolitik seine Animosität gegen das Zentrum deutlich haben merken lassen; kurz, Herr von Loebell würde als schwarzer Mann hingestellt werden, wenn die Zentrumsleute die Rolle der schwarzen Männer nicht, wenn auch in anderem Sinne, sich selber vorbehalten. Im Zentrum wird aber auch nicht verweigert, woher der Argwohn stammt. Herr v. Loebell gilt der Partei als der Mann, der eine neue Sammlungspolitik durchzuführen bestimmt ist; also nicht viel weniger als die Wiederkehr der Blockpolitik wird befürchtet! Natürlich ohne das Zentrum. Denn wenn dies mit dabei sein sollte, würde die „Germ.“ nicht so nervös in der Führungsliste des Herrn von Loebell herumtölpeln, sondern, je nachdem, schweigen oder auch reden, das letztere aber in anderem Tone und ohne Vorwarnung. Möglich freilich, daß das Zentrum, indem es seine Frontstellung gegen Herrn v. Loebell nimmt, nur gewissermaßen auf den Fuß klopfen will. Möglich, daß die Zentrumsführer in Unruhe versetzt worden sind durch Herrn v. Zedlitz, der in dem jetzigen Minister des Innern wohl eine bessere Kraft für die Durchführung seiner Sammlungspolitik gefunden als in dem jetzigen Statthalter von Elsaß-Lothringen. Aber wo ist von solchen „Sammlungsbestrebungen“ des Herrn v. Bethmann-Hollweg tatsächlich etwas zu merken? Und wann und wo hat der Reichskanzler und Ministerpräsident erkennen lassen, daß er das Zentrum auszuschalten beabsichtigt? Man wird der „Deutschen Tageszeitung“ recht geben müssen, wenn sie findet, daß weder im Reichstag noch im Landtag bisher etwas Greifbares in dieser Richtung wahrzunehmen gewesen sei.

Die Wahlkampagne in Frankreich.

P. Paris, 23. April.

Auch wer es nicht wüßte, müßte es dem Straßenleben von Paris anmerken, daß Frankreich mitten im Wahlkampf steht. Noch wilder und leidenschaftlicher, als das sonst üblich ist, rufen die Zeitungsverkäufer ihre Journale aus, und jedes verfügbare Blättchen ist mit Wahlplakaten in riesenhaften Lettern bedeckt, wobei man sich jetzt bereits vielfach zur Unterstreichung des Wortes der Illustrationen bedient. So wurde dieser Tage ein recht interessantes illustratives Wahlplakat der monarchistischen Gruppen ganz besonders von den Massen bekannt, ohne daß es jedoch sonderlich imponierte. Man sieht darauf einen Franzosen, der von den Deutschen und Österreichern angegriffen wird, während der Russe, der wohl zu Hilfe eilen möchte, von einigen Afrikanern festgehalten wird und der Engländer, die Hände in den Taschen und die Pfeife im Mund, gleichgültig zuschaut. Dies Bild illustriert die Weltanschauung der extremen Chauvinisten, denen selbst die neuen Rüstungen und die

dreijährige Dienstzeit nicht genügt, und die das Volk mit der „deutschen Gefahr“ schrecken wollen. Ihre Antipoden sind die Sozialisten, welche in das andere Extrem fallen und ihre Agitationsreden um eine neue Erfindung bereichern haben, um einen französisch-deutsch-englischen Dreibund, von dem sie das Heil und den Frieden Europas erhoffen. Im übrigen machen, abgesehen von den Sozialisten, alle Parteien mehr oder weniger verschämt in Chauvinismus. Man kann das sogar in den Theatern und Varietés beobachten, wo jede Wendung oder Nummer, die das soldatische Gebiet streift oder sonstige vaterländische Seiten anspricht, geradezu frenetischen Beifall hervorruft.

Es gibt in Frankreich neun anerkannte Parteien, die sich bei dem jetzigen Wahlkampf freilich nur zum Teil feindlich gegenüberstehen. Von rechts an gerechnet sind das die monarchistisch-konfessionell-kerikale Rechte, die ihr einigermassen geistesverwandte Action libérale, die progressistischen Republikaner, die republikanische Union, die demokratische Linke, die radikale Linke, die sozialistisch-radikalen Republikaner, die sozialistischen Republikaner und die „geeinigten“ Sozialisten, die so wenig geeignet sind, daß sie in Jaurèsiten, Quessiditen und Arbeiterpartei zerfallen. Es gibt übrigens auch in den anderen Parteien etliche Gruppen, die sich bei Gelegenheit untereinander befenden. Als Ausgleich hierfür haben sich wiederum etliche Parteien zu Verbänden zusammengeschlossen, und zwar in erster Reihe aus wahltechnischen Rücksichten. So sind die mittleren Gruppen in der Föderation der Linken zusammengeschlossen, die unter der Führung Briands und Barthous steht, während die derzeitigen radikalen Regierungsparteien sich in der Entente démocratique zusammengeschlossen haben.

Während die Parteien der Rechten leidenschaftliche Anhänger der dreijährigen Dienstzeit sind und, wenn sie es durchsetzen könnten, die Militärlasten noch steigern möchten, suchen alle links von ihnen stehenden Parteien die Bille der neuen Wehrlasten wenigstens etwas zu verzudern. So verkündet die Föderation der Linken in ihrem Wahlaufsatz, daß „die lokale und vollständige Anwendung des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit notwendig ist“, aber sie verbricht, „bei jeder internationalen Politik loyal mitzuarbeiten, die eine Erleichterung der Militärlasten zur Folge haben könnte“. Die radikale und die radikal-sozialistische Partei, deren Exekutivkomitee als Präsident der beikommunistenre Caillaux vorsteht, stellt sich zwar fürs erste auf den Standpunkt der dreijährigen Dienstzeit, tritt aber für die Anwendung aller Reformen ein. „Die eine stufenweise Herabsetzung der Militärlast gestattet werden. Die Sozialisten endlich fordern sofortige Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit und zugleich die Einführung der Proportionalwahl, die wiederum von den Radikalen heftig befürwortet wird.“

In diesen Punkten sind also Radikale und Sozialisten Gegner, aber bei den Stichwahlen werden sie sich sicherlich zusammenfinden, und darauf beruht die Hoffnung des Kabinetts Doumergue. Denn an sich haben doch die jüngsten Affären, vor allem der Rochette-Skandal, den Radikalen Schaden genug zugefügt, so daß sie Ursache hätten, den am 26. d. M. statt-

Berliner Kunstbrief.

Sezessionsfrühling.

Auf dem Ausstellungsplatz der Freien Sezession wächst aus dürrer Baumstumpfen ein grünes Reis. E. N. Weiß hat diese Verkündigungszeichen gefunden, ein billiges Symbol und reichlich banal für eine Gruppe der programmatischen Unkonvention; ja auch als künstlerische Signette bleibt es nur ein magerer und spärlicher Einfall. Jedenfalls scheint die Ausstellung selbst anregungsvoller und interessanter als ihre Anschlagtafel. Die Veranstalter sind die Sezessionisten, die alte Stammgruppe um Liebermann, die sich nach Ausscheiden der Brönders um Corinth — der Secessio nova Corinthiana — neu zusammengeschlossen und so verbunden wieder in ihr altes Künstlerstammbaumhaus einzogen. Ihr neues Zeichen ist die gegen früher ungewohnte Gastlichkeit gegen die „gefährliche Jugend“, die sie mit ihren robusten, grellen, oft sich selber überschreitenden Experimentier- und Erzählfreude zu sich kommen läßt durch einladend doppelt geöffnetes Tor. Und ihr alter guter Zug ist die von jeder betonte Dokumentierung des Zusammenhangs mit der reifen Kunst, wodurch noch jede dieser Veranstaltungen ein befehlames und über alles Tägliche überlegene Janusgesicht bekam, mit dem Blick ins Gewordene und ins Künftige.

Das wertvollste der rückwärts gewandten Prophetie bildet die Veröffentlichung der Sammlung Stern, zum Gedächtnis des verstorbenen Bankdirektors und kennehaften Kunstfreundes. In seiner Auslese bieten sich hier die Werke der großen französischen Impressionisten: duftige Marinen von Monet, das flimmernde Gestrirp Bissaroffscher Boulevards (von oben ge-

sehen). Manets Portrait der Schauspielerin mit dem aus Dunkel auftauchenden affektdurchfluteten Antlitz; Sisleys funkelnde weich verfliegende Seinelandschaft; der frühe Picasso mit der blumigen Reifrodame auf grünem Sofa in träumerischem Crepuscule; Carrairs Schattenhaft visionäre Freundinnen, Kriobengefichte, Astartenphantome in der Dämmerung der Bräuterei; Desgays russische Tänzerinnen im Glanz des Rhythmus und der Akrobatik; Vuillards dekorative Interieurkritik und Denis blasser Osterfrühling voll Regendenstimmung weißer Märchensätze und abgechiedener Kinderseelen im Flügelkleid. Dazu die Deutschen: Liebermann mit der Kraft des Altmannerhauses und des Biergartens; Trübners Kürassiere; Siebotts nerviges Nennen.

Doch wir müssen uns losreißen von diesen Schätzen, aber mit dem Gefühl, daß sie bleiben werden. Solch Sicherheitsgefühl einer in sich befestigten und beharrenden Kunst hat man auch zwischen den hier vereinigten frühen Thomas. Voll Dauer, altmeisterlich bilden uns die beiden Bildnisse von 1870 an; der Mann, ehrenfest, voll gesammelt geistig strengen Lebens im schmalen dunkelbärtigen Gesicht; die Frau, lebhaft tüchtig, dabei aber in sich gelehrten Blick; man möchte sich die Mutter von Kellers Grünem Feinreich so denken; dazu Landschaften, in Stille gebettet, im feidigen Brautlin seligen Abends, und holder Kinderreigen voll Frühlingstimmen. Tiefe große Obemänge der Natur vernimmt man auch bei Trübner. Seine Bilder schwingen in Grün; Bäume und Sträucher neigen sich zum Waldbach, altes Gemäuer umspinnend dichtes Rankenweben — alleinfachte Motive, aber in beschwichtigtem Gemüt fühlt man erotmend: Du bist die Kuh. . . Trübner hat auch seinen Knaben gemalt, statlich, schlank und aufrecht in Ritterpagenpanzer, gleich

einem Velasquez-Infanten anzusehen, doch mit fernig deutschem Jungengesicht, der Georg des Böhs von Verlichingen.

Von den anderen alten Sezessionisten führt immer noch Liebermann. Sein Portrait Fuldas blickt außerordentlich charakteristisch und trifft vor allem eins: das durchaus nicht heitere, eher hypochondrische Gesicht mit dem dennoch seiner Bestimmung gemäß epigrammatisch zum gestülpten Wort oder Klingelreim gespielten Mund. Eine Überraschung werden daneben die beiden Hundebilder. Es will schier bedürken, als ob, je mehr Liebermann die Menschen kennt, um so tiefer ihm die Hunde werden. Mit solcher Liebe ist selten ein Zweifler von ihm gemalt worden, als diese beiden Kerlchen. Dabei sind sie nicht einmal von seiner Favoritrasse, dem Dackelgeschlecht, über dessen Züchtungsgeheimnisse und letzte „Connaisseurs“ Wissenschaft Liebermann und Cesar Friedl, der Wülfert und Fedelomane, sich so oft schon die amüsantesten Debattierkämpfe im dicksten Berlinisch lieferten. Die beiden Hündchen sind langhaarig, braunweißschwarzfleckig mit wuscheligem Behang von warmem gefiederhaftem Glanz des Fell. Woran erinnert nur der matte Schimmer dieser glatten samtweichen Haare? — Ich hab's: an einen von subtilster Hand begügelter Jghinder à la reitets. Jedenfalls ein Stück Malerei von allerhöchster Graben. Fessende Portraits — um vom Hund auf den Menschen zurückzukommen — zeigen Walter Bendis, den gebirgigen, von Gedankenwegen durchfurchten Philosophenkopf Hermann Cohens, und daneben, wie der Schüler seines Rabbi, über die Schrift gebüdt, das talnubische Gesicht des Kant-Editors Cassirer, ferner Kardorff, Fritz Rhein. Verblüffend wirkt die Zepellintube Panfols. Der Graf, ganz blau gekleidet, im lichten blendenden Luftraum seines Flugzeugs. Plakatisch flüchtig ist der Effekt. Die Modellierung des Hauptes geht darüber noch hinaus. In ihrer

findenden Wahlen mit einiger Unruhe entgegenzusehen, wenn sie sich nicht auf den immer gut funktionierenden Wahlapparat der Regierung und auf die Unterstützung durch die Sozialisten verlassen würden, die von den Wahlen wohl am meisten profitieren dürften. Die schlechtesten Aussichten scheint die monarchistische Rechte zu haben, obwohl sie die Wähler auffordert, der Republik ein Ende zu machen. Aber die Franzosen haben ebensoviele für den galanten Philipp von Orleans übrig, dessen Politik im Abwarten besteht, wie für den freundlichen Prinzen Victor Napoleon, der von Brüssel aus ein schwingvolles Manifest an das französische Volk gerichtet, aber damit nur einen Heiterkeitserfolg erzielt hat. Die Republik ist also nicht in Gefahr, gefährdet aber ist immerhin das seines geistigen Leiters Caillaux beraubte Kabinett Doumergue, das angesichts der Zerfahrenheit der radikalen Regierungsruppen und der scharfen Gegensätze in den Wehr-, Wahl- und Steuerfragen auch den etwaigen, einigermaßen wahrscheinlichen Wahlsieg kaum allzu lange überleben dürfte.

Politische Übersicht.

Zur Frage der Aufbesserung der preussischen Altpensionäre.

In unserer Morgen-Ausgabe vom 15. d. M. meldeten wir, daß nach einer offiziellen Korrespondenz in der Frage einer gesetzlichen Regelung der Bezüge der Altpensionäre in Preußen die Entscheidung dahin gefallen sein soll, daß trotz vorliegender Anträge im Parlament jetzt von der Einführung eines entsprechenden Gesetzesentwurfes abgesehen wird. Wegen einer gesetzlichen Regelung würden sowohl staatsrechtliche wie vor allem finanzielle Gründe geltend gemacht, da nach den letzten Erhebungen über die Altpensionäre sowie über die Althinterbliebenen die Aufwendung von nicht weniger als 48 Millionen notwendig wäre, um die Bezüge gesetzlich festzulegen, während im Reich eine verhältnismäßig viel geringere Summe, rund 7 Millionen, ausreichen, um die Regelung durchzuführen. Dazu schreibt uns ein Mitglied des Vereins pensionierter Reichs-, Staats- und Gemeinde-Beamten sowie Lehrer, Ortsgruppe Wiesbaden, folgendes: „Der beregte Artikel ist nach meiner Ansicht wohl darauf berechnet, die Verteilung der organisierten Altpensionäre zur Verbesserung ihrer Lage zu unterbinden, denn die zur Aufbesserung als notwendig bezeichnete Summe von 48 Millionen ist nicht erforderlich und soll offenbar nur die Abgeordneten dazu bewegen, nicht länger auf einer gesetzlichen Aufbesserung zu beharren, sondern sich dem beliebigen Unterstützungssystem des Herrn Finanzministers anzuschließen! Zum Beweis, daß der Betrag von 48 Millionen nur so sans façon angenommen sein kann, will ich den Etat von 1907, der für die Altpensionäre und Althinterbliebenen maßgebend ist, näher erläutern: Für die Zivilbeamten einschl. Landgendarmarie waren eingestellt 66 750 000 M., für die Hinterbliebenen 25 800 000 M., zusammen 92 550 000 M. Inzwischen sind sechs volle Staatsjahre vergangen, und da der größte Teil der Pensionäre erst mit dem 65. Lebensjahr in den Ruhestand tritt, ist — nur ein Minimum angenommen — mit einem jährlichen Abgang von 6 Prozent zu rechnen. Es können danach für 1914 für die Altpensionäre und Althinterbliebenen nur noch 58 Millionen notwendig sein, weshalb die Frage berechtigt erscheint, wie sich die offizielle Korrespondenz die Aufbesserung mit den 48 Millionen gedacht hat? In der Voraussetzung, daß nur die alten Beamten und deren Hinterbliebenen damit aufgebessert werden sollen, ist die Summe entschieden zu hoch gegriffen, denn damit könnte man ja die Pensionen nach Umständen verdoppeln, was wir gar nicht wollen und nie gewollt haben, denn man ist mit einer annähernden Gleichstellung mit den Neupensionären voll auf zufrieden. Ist jedoch eine Gleichstellung zurzeit nicht durchführbar, dann läßt sich doch ein anderer Weg finden, nur muß dieser ein gesetzlicher und nicht allein für die sogenannten Würdigen und Bediensteten, sondern für alle ohne Ausnahme sein. Welche geringe Mittel übrigens nur erforderlich sind, um einen Einblick in die letzten Lebensjahre der „Alten“ zu bringen und ihren Verteilungen einen Erfolg zu verschaffen, dafür mögen nachstehende Mittelungen dienen: In dem sogenannten Unterstützungsfonds oder Zuwendungsfonds für Altpensionäre usw. des Beamtenstandes sind mit Genehmigung der Abgeordneten für 1914 fünf Millionen bereitgestellt, und es würden weitere 6½ Millionen ausreichend sein, alle gesetzlich mit mindestens

20 Prozent vorläufig aufzubessern. Für die vor 1908 pensionierten Lehrer stehen ebenfalls 8 Millionen in dem Fonds zur Verfügung; es bedarf jedenfalls nur noch eines geringen Zuschusses, um deren Bezüge in gleicher Weise zu erhöhen. Es erscheint überhaupt unbegreiflich, weshalb die Offiziellen sich so sehr gegen eine gesetzlich geregelte Aufbesserung der Altpensionäre wenden, die doch an der Errichtung des Deutschen Reiches, entweder mit der Waffe in der Hand oder im angestrebten Dienst als Beamter, teilgenommen haben. Das Volk und seine Vertreter im Parlament wollen dies nicht, was sich bereits in der Frage der Unterstützung der Kriegsveteranen gezeigt hat. Es wäre daher endlich an der Zeit, eine klipp und klare Antwort zu geben, statt immer, wie schon seit Jahren, nichtkontrollierbare Zahlen in die Öffentlichkeit zu lancieren. In der offiziellen Korrespondenz werden nun nicht allein finanzielle, sondern auch staatsrechtliche Bedenken gegen eine gesetzliche Regelung geltend gemacht, was um so mehr befremden muß, da andere Bundesstaaten längst davon abgekommen sind und ihre Pensionäre gesetzlich aufgebessert haben. Sachsen hat z. B. seine Ruhestandsbeamten und Rentnempfangen dreimal, gleichzeitig mit der Erhöhung der Gehälter der aktiven Beamten, aufgebessert, und schon liegen der Volksvertretung wieder Anträge vor, die Pensionen und Rentnempfangen zu erhöhen. Sollte Preußen dies seit dem Jahre 1897 auch getan, würde es dem Herrn Finanzminister heute leichter fallen, den wohlberechtigten Wünschen der alten verdienten Beamten entgegenzukommen und brauchten diese nicht schon 7 Jahre mit Not und Sorgen zu kämpfen.

Deutsches Reich.

* Aus Rom. Der Kaiser hörte gestern vormittag die Vorträge der drei Kabinettschefs und des Gesandten von Treutler. Zur Mittagsstunde war das Königspaar der Heiligen und die Prinzessin Helene von Griechenland geladen.

— Keine „Repräsentations“-Politik in Elsaß-Lothringen! Die Nachricht, daß der kaiserliche Statthalter von Döllhoff beim Eintritt seines Amtes aus „repräsentativen“ Gründen einen höheren Personalarang, also den Grafentitel, erhalten solle, wird an zuständiger Stelle nicht bestätigt. Das ist nur zu begrüßen; denn gegen eine Rangserhöhung des neuen Leiters der elsass-lothringischen Regierung erhebt der „Schwäbische Merkur“ mit vollem Recht folgende Einwendungen: „Eine solche Rangserhöhung ist keineswegs notwendig. . . . Mit dem Residenzhalten hat man im Elsaß nichts erreicht. Gerade die Ernennung eines Beamten und die Führung der Geschäfte in der Art eines Oberpräsidenten kann mitwirken, auch bei den Elässern den Gedanken zu fördern, daß sie nur ein Teil des Ganzen sind. Eine geordnete, von den Notabeln unabhängige Verwaltung, eine Regierung im deutschen Sinne und nach deutschem Vorbild ist nötiger als unnötige Repräsentation. Der ekklesiastische Landtag hat selbst die Repräsentationskosten um 100 000 M. gekürzt. Da kann sich doch das Elsaß nicht beklagen, wenn man auch reichsweit das Repräsentieren nicht mehr für nötig hält.“ Wir haben Grund zu der Annahme, daß die hier vertretenen Gesichtspunkte bei der Vertufung des Herrn von Döllhoff nach Straßburg mit in Frage gekommen sind.

* Die Prüfungsergebnisse für das höhere Lehramt in Preußen haben für das Jahr 1912/13, wie aus einem Aufschuß von Oberlehrer Simon in Sieglitz im „Deutschen Philologenblatt“ hervorgeht, die höchste Zahl von Examinanden seit 1901 ergeben, nämlich 2659. Dagegen bestanden die Prüfungen infolge verschärfter Handhabung der Prüfungsordnung nur ca. 61 Prozent. Die Realisten haben mit ca. 66 Prozent besser abgeschnitten als die Humanisten (59 Prozent). Bedeutend günstigere Ergebnisse als die männlichen Kandidaten hatten die weiblichen zu verzeichnen, von denen allerdings nur 82 geprüft wurden.

— Wieder eine Denunziation eines liberalen Pfarrers. In der Oster-Nummer des „Reichboten“, des orthodoxen Scharfmacherorgans, befindet sich ein Aufsatz, in dem der bekannte liberale Pfarrer Jmgig (Berlin) seiner vorgesetzten Behörde wieder „Liebesvoll empfohlen“ wird. Das Blatt benützt einen in „Katholik-liberal“ abgedruckten Vortrag, den der genannte Pfarrer vor einigen Wochen in Schöneberg über die Erlösung nach orthodoxer und liberaler Auffassung gehalten hat und in dem er ausgeführt hat, daß die Erlösung im letzten Grunde nur Selbsterlösung bedeuten könne, um das Konfessionarium zum „Einschreiten“ zu veranlassen. Der „Reichsbote“ schreibt: „Derr Jmgig wird in den Listen des Konfessionariums, wie doch angesichts solcher Ausführungen noch einmal gesagt werden mag, als evangelischer Geistlicher geführt!“ — Der Fall Jmgig ist jedoch erledigt. Die preussische Orthodoxie gelüftet es anscheinend nach neuen Erfolgen. Ob zum

Wollen ist trotz der drüßig verklärten Letter recht ohnmächtig. Erleuchtet, voll Bewegungselan wirkt dagegen die flüchtig hinführende Impression der Kampferde, ein jagendes Schattenspiel.

Bedastein taucht Mutter und Kind als Blutdürstigen in eine koloristische Lohr von Rot und Grün, die seine Gestalten schier verjagt und aufricht. Disziplinierter Farbenwollüste baden Märling aus (die schwarzgrüne Näherin), Made mit seinen Miniaturen von Gartenkissen und Booten, komponiert wie aus Wundpapier oder trübseligen Rahmenbandstreifen; Segal mit seiner Schlafenden in gotisch starrwinkliger Nischenhaltung von Kopf und Arm in glühendem Weiß und Blau vor rotem Hintergrund, dem Schmelz von Glasbildern nahe verwandt.

Rosa und Feininger betätigen sich ausgesprochen kühn. Ihre Aufnahme von Wälden, Schienen, Landschaften transponieren alle Formationen von Bergen, Wipfeln, Wolken in kristallinische Körper, ins Prismatische, und nutzen die kantigen Flächen für malerische Lichtbrechung aus.

Ohne solche Rezipie zeigt sich seine, eigene Handschrift in Wajlens rotblühender Eibiden, in mattblauem Sessel voll erlebter Schwadskultur; in Lederers bläulichen Landschaftswintermärchen, aus gartenselbstigen Farbenfäden gewebt, gabelnhaft, und dazu stimmend in matten graugrünen Adnen, wie gewirkt in Teppich und Tapete, die figuralen Visionen von Otto Müller. Wajl bringt die gewohnten und doch immer wieder schmeißerischen kleinen Entwürfen der jungen Wälden, Ländchen, fäulend, fuchsig; in Sofa, Bett und Sessel, Variationen zu gewissen Freundinnen-Sonnetten Verlaines.

Verstehend blühen Hans Puzmanns Blumen. Er weht von Jris, Calla, Tulpen mit sublimem Strich nur den Farbensucht, nur die Ähnung ihrer Existenz hin, gewisser-

Segen der Landeskirche, das ist wohl freilich noch eine große Frage!

* Deutsche Handelsfachverständige (Handelsattachés) an auswärtigen Plätzen. Eine Umfrage der Handelskammer in Bamberg (Rheinprovinz), betreffend Wünsche nach einer Vermehrung der im Auslande von der deutschen Regierung bei den auswärtigen Vertretungen, Konsulaten und Gesandtschaften bestellten Handelsfachverständigen, hatte das Ergebnis, daß die Einschickung solcher Sachverständiger für folgende Plätze als besonders wünschenswert im Interesse des deutschen Außenhandels bezeichnet wurde: Konstantinopel, Moskau oder Warschau, Toronto (Kanada), Mexiko und Buxarest.

— Eine Eingabe der Gasthausangehörigen an den Reichstag. Die neue sogenannte Schankgesetznovelle, welche dem Reichstag zugegangen ist, hat den Reichsverband der Gasthausangehörigen, Sitz Hannover, veranlaßt, dem Reichstag eine Eingabe zu unterbreiten, in welcher auch ein verstärkter Schutz des gesamten und nicht nur des weiblichen Personals gewünscht wird. Insbesondere fordert die Eingabe eine gesetzliche Beseitigung des Abgabewesens, ferner daß zur Genehmigung des Gewerbebetriebes auch die für das Personal bestimmten Arbeits-, Wohn- und Schlafräume den gesetzlichen oder polizeilichen Anforderungen genügen müssen, sowie, daß weibliche Personen unter 18 Jahren in Gast- und Schankwirtschaften nicht zur Bedienung der Gäste zugelassen werden dürfen. Die Eingabe ist durch ausführliches Material begründet.

* Der Evangelische Pfarrerverband für Deutschland (E. V.), (Vorstand Admiral Büchel und Direktor R. Starb), ist in das Haus Schmiedstraße 8 in Berlin-Steglitz übersiedelt. Der Tätigkeitsbericht über das 3. Arbeitsjahr des Verbandes ist jedoch erschienen und kann kostenlos von der Geschäftsstelle bezogen werden.

Heer und Flotte.

Ein neuer bayerischer Flugstützpunkt. Bayern wird einen neuen Flugstützpunkt in Straubing erhalten. Auf dem Straubinger Exerzierplatz landete bereits ein Militärflieger von der Fliegerstation Schleißheim, um mit einem dortigen Rechtsrat einen geeigneten Platz für den neuen bayerischen Flugstützpunkt auszuwählen.

Schiffsbewegungen. Eintreffen: S. M. S. „Panther“ am 22. April in Funchal (Madeira), S. M. S. „Seebly“, „Mollke“ und „von der Tann“ am 21. April in Kiel, S. M. S. „Zieten“ am 21. April in Rostock, S. M. S. „Grille“ am 22. April in Cuxhaven, russischer Kreuzer „Magatyr“ am 22. April in Kiel. — In See gegangen: S. M. S. „Seebly“, „Mollke“ und „von der Tann“ am 20. April von Wilhelmshaven, S. M. S. „Zieten“ am 22. April von Rostock, S. M. S. „Grille“ am 23. April von Cuxhaven nach Helgoland.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Graf Khuen Hederbach über den Dreibund. Budapest, 23. April. Das Blatt „Mikaz“ veröffentlicht heute ein längeres Interview mit dem Präsidenten der Arbeiterpartei, Grafen Khuen Hederbach. In dem Interview heißt es u. a.: „In den Angriffen, die ein Teil der Opposition gegen den Dreibund gerichtet hat, habe ich nichts Stichtätiges gefunden. Ich habe den Dreibund stets für die Grundlage unserer auswärtigen Politik gehalten. Ich halte auch heute noch an dem Dreibund fest, denn die Gründe, welche diese Gestaltung zustande brachten, machen auch heute noch die Aufrechterhaltung dieses Bündnisses für alle beteiligten Staaten in gesteigertem Maße notwendig. Meine feste Überzeugung ist es auch, daß zwischen den Dreibundmächten das Verhältnis inniger geworden ist und daß wir uns hierüber aus vollem Herzen freuen können.“

Immer neue Spionagefälle in der Bukowina. Czernowiz, 23. April. Gestern wurden hier der Grundbesitzer Mikozoch und dessen Gattin, die Volksschullehrerin Helene Mikozoch, in Sadagoga wegen Spionage zugunsten Russlands verhaftet. Sie fanden mit dem Petersburger Generalstab in enger Verbindung und leisteten für ihn Späherdienste in Czernowiz und Umgebung. Frau Mikozoch ist eine geborene Rusin; sie kam als junges Mädchen in die Bukowina. Ihre Familie lebt noch heute in Rußland und ihre Brüder dienen als Offiziere in der russischen Armee.

Frankreich.

Eine Bäderstreikbewegung in Paris. Paris, 23. April. Die Bäderbesitzer, die bereits vor nicht allzulanger Zeit die französische Hauptstadt mit einem aufgezwungenen „Hungerstreik“ bedrohten, zeigen sich bereits wieder unruhig. Die neuerzeit zugestanden Lohnsteigerungen sowie die gewünschte

magen ihren Abstrahl, und erfüllt gegenüber den Systematikern und Programmrednern schon die Goethesche Forderung: „Nur ein Hauch sei dein Gedicht“.

Interessant ist's, damit das ältere Geschmackssemester Kurt Herrmann zu vergleichen. Seine Orchideen und Tulpen, Lichtstrahl, wirken wie in Brand gesteckt, lebend, züngelnd, verflüchtend, also auch im Element aufgelöst, aber nicht in der Luft, sondern im Feuer.

Nicht viel weiter kam Zoo Hauptmann Gerhardis Sohn, der in verflüssigter Pointistennatur in jenem Realimpressionismus, den der sechzigjährige Kurt Herrmann lange überwand, den Hamburger Hafen illuminiert.

Apokalyptische Abgesänge wühlt mit Beschwörerkraft des Gräßlichen Ludwig Meidner hin mit seinen Phantastischen Cholera und Varrade, voll Furia, aus gestürzten Wäldern getürmt: Gift, Wische, Nacht, chaotische Verwirrung. Und archaisierend gebärden sich Klaus Richter und Magnus Jeller, die zur gleichen Zeit auch bei Paul Cassirer Sonderausstellungen haben.

Richter geht auf den Spuren der Breughel und des Hieronymus Bosch mit dem Becher und dem verlorenen Sohn als bärenhäutigen, simplizianischen Landstürker auf altdentscher Wiefe. In ähnlicher Weise der Schilderei behandelt Magnus Jeller, der sonst die Grimasse der Revolution, Guillotine und Terreur liebt, die Geschichte vom reichen Mann und armen Lazarus, stumpf farbig, hölzernmäßig als flüchtiges Prospekttableau.

Wenn man dagegen die üppig italienische Behandlung desselben Themas in der gleichen Ausstellung von Reid sieht, voll Pflanzenfedorokoristik und Emailgeglitzer — dort ein bescheiden kuriositätenkabinet auf einem dürftigen Walfahrtsmarkt, hier die schwebeliche Operndekoration eines bishöflichen Hoflagers —, dann erkennt man, daß es viel Wohnungen in der Segeßion gibt. Felix Poppenberg.

knollig-wulstigen Technik gleicht sie den Siegertumstücken, die aus Notwendigkeit oder aus physiognomischer Weise schnippen. Und in jedem Fall bleibt der Eindruck schief karikatürhaft. Eine gelungene pathologische Studie des Alters bietet Wilhelm (Rannheim) mit dem knöchigen Greisenkopf, schaukelnd auf dünnem gelbem Ständer.

Ganz besonderes Gepräge zeigen die Bildnisse von Max Oppenheim (MOPP signiert). Kolossal ist verwandt entwickeln sie aus einem geometrisch kubisch geschachtelten gefalteten Flächenhintergrund (scharfschnittene, mit spärlichen Mitteln auf das Wesentliche summierte Gesichter. So E. C. Schwabach, den jungen reichen Wälden der jungen Wälden von den „Weigen“ (keineswegs aber unbefriedigende) Wäldern, dessen Kopf über dem kollektivistischen Zusammenschluß von Wäldern und Papier und hundertmalig besagten Coloberts aufsteigt, fast wie ein Mond, oder vielmehr für die Schreibenden mehr noch als die lebenspendende Sonne. Viel frappanter und zwingender scheint das „Schwartzkopf“: die Wäldersche überseht in schwärzende Linien voll nervöser Überschiebungen, die Notenblätter mit den schräggestellten Balken in ihrer flüchtigen Mathematik geben, im Raum verschwebend, eine gewisse rhythmisch wallende unmaterialle Sphäre, aus der dann und so marianter die Däppler der Musiker als ruhende Pole herausragen.

So wären wir bei den Jungen, die zu neuen Wälden wollen. Nicht immer auf feistlichen Schiffen und häufig nur mit den à la mode-Wälden der Originalität. Gedel, Richter, auch Schmidt-Mottus, noch mehr Stüdemann mit seinen biblischen Gliederpuppen, komponierten sich mit der mühsam pedantischen Schürdigkeit ihrer formalen Primitivitäten und ihren farblich knallgelben Erzeugen par force. Panthurs Robinson gefällt sich in der spärlichen Einfalt von ethnographischen Schürbeln von Lappen und Eskimos in Wäldersheim. Verneis großwüchsiger Liebesakt in den

Verklärung der Arbeitszeit sind nicht in ihrem vollen Umfang in Kraft getreten. Infolgedessen haben die Badergefallen erneut ganz klar umschriebene Forderungen an die Meister gestellt, die von diesen jedoch abgelehnt wurden. Das Sanitätsrat der Badergefallen, dem der größte Teil der Bader von Paris angehört, droht mit der Arbeitsniederlegung, falls die Forderungen nicht in vollem Umfang erfüllt werden.

England.

Ausschreitungen eines Wahlscheuers vor Gericht. London, 24. April. Die wegen Brandstiftung angeklagte Suffragette Evans wurde vom Polizeigericht in Belfast vor das Schwurgericht verwiesen, nachdem sie im Gerichtssaal eine wilde Szene veranstaltet hatte. Zuerst versuchte sie davonzulaufen; als sie dann von Polizisten festgehalten wurde, schrie sie und schlug um sich. Mehrere Konstabler mußten sie eine halbe Stunde lang an Armen und Beinen festhalten, damit die Verhandlung zu Ende geführt werden konnte.

Spanien.

Der Ausstand bei der Handelsmarine. Bilbao, 24. April. Die Mannschaften der Handelschiffe sind ausständig. Sie fordern die Seeleute in anderen spanischen Häfen auf, mit ihnen gemeinschaftliche Sache zu machen.

Krawalle in Barcelona. Barcelona, 24. April. Zwischen streikenden Fuhrleuten und Arbeitswilligen kam es zu einem Zusammenstoß. Ein Ausständiger und ein Polizeibeamter wurden durch Schüsse schwer verletzt. Die Mitglieder des Streikausschusses wurden verhaftet.

Südamerika.

Der Präsidentschaftswahlwechsel in Venezuela. Caracas, 23. April. Da die Verfassung nicht zwei aufeinanderfolgende Perioden derselben Präsidentschaft gestattet, wurde General Bustillos zum provisorischen Präsidenten von Venezuela gewählt. Der bisherige Präsident Gomez wurde zum Oberkommandeur der Armee ernannt.

China.

Eine Militärrevolte in der Mandschurei. Tientsin, 24. April. Ein Teil der chinesischen Offiziere der hiesigen Garnison hat die Soldaten zu einem Aufstand aufgereizt, weil sie mit dem vom Gouverneur angeordneten Reformen nicht zufrieden sind. Die Soldaten feuerten gegen die Residenz des Gouverneurs und töteten vier Wachposten. Das 1. Regiment weigerte sich, an dem Aufstand teilzunehmen, worauf die Offiziere desselben entflohen. Der Gouverneur und die Beamten haben in dem russischen Konsulat Zuflucht gesucht, welches eine halbe Sotnie Soffen zur Hilfe beordert. — Nach Ankunft der russischen Konsulatsabteilung lehrte der Gouverneur in den Palast zurück. Die Reuter haben sich in den Kasernen versammelt und telegraphisch den Präsidenten Yuanzhikai ersucht, die Reformbestimmungen, deren Erlaß die Reuter hervorgerufen hatte, wieder aufzuheben, andernfalls würden sie die Stadt zerstören. Die hiesigen russischen Untertanen haben im russischen Konsulat Zuflucht gesucht.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

48. Kommunallandtag des Regierungsbezirks Wiesbaden.

(Dritte Vollversammlung, Schluß.)

Die Beratung des Besuchs der Pfleger- und Pflegerinnen-Ausschüsse der Anstalt Siebberg wird fortgesetzt. (Die gegenwärtige Meldung ist irrig.) Abg. Zielowski (Frankfurt) spricht im Sinne der Berücksichtigung sämtlicher Wünsche der Deute, Landeshaupmann Krefel im Sinne der Anträge des Ausschusses. Abg. Funt (Frankfurt) bittet, unter Ablehnung der Anträge des Ausschusses sowie des Abg. Zielowski, die Verhältnisse der Petenten einer erneuten wohlwollenden Prüfung zu unterziehen. Dieser Antrag wird mit großer Mehrheit zum Beschluß erhoben. — Abg. Goll (Frankfurt) stellt verspätet den Antrag, dem Wunsch der Deute, so weit es sich um die Zahlung einer Entschädigung für nicht eingenommenes Essen handelt, zu willfahren. Abg. Dr. Herz (Frankfurt) berichtet zu einem Antrag der Direktion der Nassauischen Landesbank auf Gleichstellung der Landesbank mit den Buchhaltern und Oberbuchhaltern. Der Landesbankauschuß ist grundsätzlich den einschlägigen Anträgen der Direktion der Landesbank beigetreten. Das Haus stimmt den Beschlüssen mit einer geringfügigen Änderung zu. Zu einem Antrag betr. die Schaffung der Stelle einer Fürsorgegezeherin bei der Bezirksverwaltung erstattet Abg. Freyherr v. Brandis den Bericht des Finanzausschusses. Am 1. April 1910 belief sich die Zahl der Fürsorgegezeher auf 1600, am 1. April d. J. auf 2831. In Familien waren resp. 793 resp. 1193. Die Gezeherin soll im allgemeinen Bureauarbeiten nicht übernehmen. Im Bedarfsfall hat sie den Anfallsstellen zu vertreten, die in Familien untergebracht zu sein ufw. Die Betreffende (reflektiert) wird in erster Reihe auf eine Lehrerin in reiferen Jahren) kommt in die dritte Rangklasse. Sie wird direkt dem Fürsorgeinspektor unterstellt, und das Anfangsgehalt wird sich auf 1400 M. belaufen. Beauftragt wird vom Referenten, der Anstellung zuzustimmen. Abg. Gräf (Frankfurt): Es sei an der Zeit, das Tempo in der Überweisung von jungen Deuten für die Fürsorgeerziehung etwas zu verlangsamen. Seines Erachtens sei eine in der Armenverwaltung vorgedachte Kraft mehr für den Posten geeignet als eine Lehrerin. Im übrigen sei die Frankfurter Jugend nicht schlechter als die auf dem Lande. Die große Zahl der Frankfurter Böglinge erkläre sich lediglich aus der stetig zunehmenden Generosität der beteiligten Behörden, junge Deute der Fürsorgeerziehung zuzuführen. Der Ausschussantrag wird gutgeheißen. — Zu der Vorlage betr. die Förderung des Baus von Wohnhäusern für Beamte der 5. und 6. Rangklasse und Bedienstete des Bezirksverbandes ist Abg. v. Lafaux (Frankfurt) der Ausschussreferent. Es handelt sich um den Bau von Beamtenwohnhäusern nach bereits bekannten Vorschlägen. Die Vorlage wird angenommen.

Im Anschluß an den Verwaltungsbericht des Landesauschusses gibt Landeshaupmann Krefel noch folgende Erläuterungen: Von den den Bezirksanstalten überwiesenen Geisteskranken sind auf dem Siebberg 100, in Sabamar 25 in Familienpflege untergebracht. Ob das sich auch bei den übrigen Anstalten tun läßt, bildet den Gegenstand fortgesetzter Erwägungen. In die Fürsorgeerziehung sind im

letzten Jahr allein 563 junge Deute überwiesen worden, darunter 339 allein aus Frankfurt. Die Gesamtzahl der Fürsorgegezeher beläuft sich auf 2886. Die Kreise Frankfurt, Wiesbaden-Stadt und -Land und Höchst stellen allein davon weit über 2000. Eine große Zahl der Fürsorgegezeher ist geistig oder körperlich abnorm. Die Jernanstalt Herborn weist heute bereits 400 Pflanzlinge auf. Der Bau einer weiteren Anstalt wird nicht allzu lange auf sich warten lassen. Die Zahl der Taubstummen hat sich nur in Frankfurt vermehrt. In Camberg war es möglich, für die beiden unteren Klassen Parallelklassen einzurichten. Die Rheinauferstraße anbelangend, so haben die Verhandlungen mit der Strombauverwaltung es ermöglicht, daß schon in diesem Jahr, im Rheingau nächstes Jahr an den Bau gegangen werden kann. Im Kreis St. Goarshausen wird die bestehende Straße beibehalten und lediglich erweitert. Von den Kleinbahnen hat lediglich die nach Königstein eine Zinsvergütung gewährt. Sämtliche Unternehmungen aber sind in einer aufsteigenden Entwicklung begriffen. Die Nassauischen Kleinbahnen Zollhaus-Brachau erzielt einen Jahresgewinn in Höhe von 66 000 M. Bei der Nassauischen Brandversicherung war das vergangene Jahr ein außerordentlich ungünstiges. An Brandentschädigungen wurden 1 1/2 Millionen bezahlt. Die Nassauische Landesbank erzielte 2 1/2 Millionen Bruttoüberschüsse, wovon jedoch 1 1/2 Millionen allein durch Kursrückgänge ufw. beansprucht sind. Die Lebensversicherung endlich erfreut sich einer guten Entwicklung. — Auf Verichte des Abg. Abicht werden Verträge mit dem Kreis Wiesbaden sowie dem Kreis Limburg betr. die Übernahme der Signalwege in die Unterhaltung des Bezirksverbandes, gutgeheißen. — Eine Petition der Einwohner der Gemeinde Gramberg im Unterlahnkreis betr. Ausbau des Wegs Gramberg-Baldunstein wird auf Antrag des Abg. Schön als Berichterstatter des Bauauschusses dem Landesauschuß zur wohlwollenden Prüfung und Berücksichtigung hingewiesen. — Über den Bau der katholischen Erziehungsanstalt in Uffingen berichtet für denselben Ausschuß Abg. Schaumann (Frankfurt). Die gesamten Baukosten stellen sich auf 1 283 000 M. Das Bett kommt auf 6415 M. zu stehen. Eine Enteignung ist durchgeführt. Die Stadt Uffingen hat das benötigte Gelände, so weit es ihr Eigentum ist, unentgeltlich herzugeben, das andere zu vereinbarten Preisen zu beschaffen. Zunächst soll ein Jüglingshaus für vier Familien errichtet werden. Die in Frage kommenden Böglinge haben bei den übrigen Bauarbeiten mitzuhelfen. Die Pläne werden gutgeheißen. — Der letzte Gegenstand der Verhandlung ist der Antrag auf Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Nassauische Landesbank auf dem Grundstück Rheinstr. 44 in Wiesbaden. Berichterstatter ist auch hier Abg. Schaumann. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 380 000 M., wovon 855 500 M. allein auf den Neubau entfallen. Der Stadtmaler umbauter Raum kommt auf 27,7 M. zu stehen. Der Ausbau beantragt die Genehmigung des Plans zugleich mit der Aukerung des Grundstückes, daß die in Frage kommenden Lieferungen nach Möglichkeit an im Bezirk angesehene Geschäftleute vergeben werden. Das Haus beschließt ohne Widerspruch diesem Antrag gemäß. — Nächste Sitzung Montag, den 27. d. M., vormittags 10 Uhr.

Die Kochbrunnenanlagen.

Die Kochbrunnenanlagen auf dem Gelände zwischen der Trinkhalle, der Langgasse und dem Kranzplatz sind so weit fertiggestellt, daß sie dem Verkehr übergeben werden können. Heute Samstag, den 25. d. M., abends 7 Uhr, wird der neue Eingang vom Kranzplatz her geöffnet werden, um dem Publikum den Zutritt zu gewähren. Nachdem der die Anlagen abschließende Zaun mit blühenden Pflanzen und Rankengewächsen bepflanzt ist, bietet er ein etwas vortheilhafteres Bild, als es vermutet werden konnte. Der geschlossene Zaun hat auch insofern wohl seine Berechtigung, als er das einzige Mittel ist, auf freie Platzanlagen zu schaffen. Wie gern aber die sonnigen Plätzchen aufgesucht werden, kann man jeden Tag von neuem beobachten. Wurden doch schon über 80 Personen gezählt, die zu gleicher Zeit die 10 Bänke mit Beschlag belegt hatten. Nun müßte nur noch für die am Kranzplatz haltenden Droschken ein passenderer Platz gefunden werden, um den Blick von der Langgasse nach dem Kochbrunnen und umgekehrt freizuhalten. — Die Anlagen im Innern können jetzt naturgemäß noch nicht den fertigen Eindruck erwecken, den sie nächstes Jahr oder gar in einigen Jahren zeigen werden. Immerhin kommt der Neuanlage der teilweise alte Baumbestand sehr zu statte. So mußten unter besonderer Sorgfalt mehrere große Bäume verpflanzt werden, die sonst gerade in der Promenade gestanden hätten. Es erweckt den Anschein, als sei mit ihnen gar nichts geschehen, aber im Gegenteil, sie scheinen sich an den neuen Stellen wohler zu fühlen als an den alten, wo ihre Wurzeln nur von Baustutt und Steinen umgeben waren. Eine große Anzahl bequemer Bänke laden zum Verweilen ein. Einen vornehmen Eindruck gewährt ein Kranz großer Lorbeerbäume, welcher die Promenade außen umsäumt und die Sitzplätze beschattet. Nach der Langgasse zu liegt ein mit Steinplatten unregelmäßig ausgelegter Sitzplatz, der nach der Straße zu durch eine Pergola abgeschlossen wird. Pfirsichstrauch und wilder Wein werden das Gitterwerk umranken, während davor eine Rosenhecke im Sommer ihre Blüten entfalten wird. Überhaupt sind in der Anlage reichlich Rosen sowohl als Verpflanzung wie auch auf Beeten verpflanzt. Leider konnten wegen der vorgerückten Jahreszeit das Mittelbeet und die anschließenden Rabatten nicht mehr mit Rosen bepflanzt werden; es soll dies aber im Herbst nachgeholt werden, so daß wir nächstes Jahr am Kochbrunnen ein kleines Rosarium haben werden. Im mittleren Blumenparterre befindet sich noch ein kleineres intimes Plätzchen, von Heden umschlossen und von einer etwa 6 Meter breiten Balustrade (Pflanz) beschattet, die auf einem hohen Bruchsteinsockel aufgestellt ist. Während früher die vorhandenen geringen Höhenunterschiede gar nicht in Erscheinung traten, sind diese jetzt durch niedere Bruchsteinmauern erst recht hervorgehoben und vorteilhaft zur Geltung gebracht worden, so daß man von allen Seiten her einen guten Blick auf das vertieft liegende Mittelparterre hat. Nur noch einige Tage warmes Wetter, und das ganze Grün des frisch angelegten Rasens wird das anziehende Bild vervollständigen.

Der Nassauische Gefängnisverein hielt gestern hier seine Generalversammlung ab. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht für das Jahr 1913 sei folgendes mitgeteilt: Nach vierjähriger arbeits- und erfolgreicher Tätigkeit hat Generalleutnant Krebs sich zur Niederlegung seines Amtes als Vorsitzender genötigt gesehen. An seine Stelle trat Geh. Oberjustizrat Landgerichtspräsident a. D. Kendauff. Während des verflochtenen Jahres hat sich die Arbeit des Vereins mit seinen Zweigvereinen, Kommissionen

und Agenturen in den gewohnten Bahnen bewegt. Die Mitgliederzahl ist in erfreulichem Maße weiter gewachsen; sie betrug im Berichtsjahr 1889 gegen 1888 des Vorjahrs. Die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen, Spenden, Sammlungen, Geschenken im Gesamtbetrag von 7013 M. gestalteten es dem Verein, die Unterstützungen an die im ganzen Verbandsbezirk wohnenden Familien der Strafgefangenen und an die aus den Gefängnissen Entlassenen künftig etwas höher zu bemessen als bisher. Die Fürsorge für die Familien der Strafgefangenen hat von jeher die Haupttätigkeit des Vereins gebildet, und so ist auch im Berichtsjahr durch Gewährung von Geld und Kleidungsstücken und Aufschicken zum Ankauf von Lebensmitteln manche Familie vor dem vollen wirtschaftlichen Zerfall gerettet worden. Andererseits wurde den aus der Strafkast Entlassenen durch Beschaffung von Unterkunft und Kost im Blauen-Kreuz-Haus, von Handwerkszeug, Kleidern und Schuhen, durch Ausbildung verpfändeter Fähigkeiten, Verabfolgung von Reiseunterstützungen, Eisenbahnfahrkarten und Zehrtauschen die Möglichkeit gegeben, wieder in geordnete Verhältnisse zurückzukehren und sich selbst Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Für die Kinder der Gefangenen wird der kürzlich gegründete Wiesbadener Stadtverband für Jugendfürsorge viel Gutes schaffen können, da ihm der Schutzhilfe bedürftigen Kleinen namhaft gemacht werden. Arbeitsstellen für Entlassene zu vermitteln, ist, wie auch im letzten Jahre, fast niemals geglückt, weil zu großes Angebot in unbetrauten Arbeitskräften vorhanden ist. Die Abschließung der Entlassenen von der Arbeit ist eine der Hauptursachen der erschreckenden Zunahme der Rückfälligkeit. Arbeit für die Entlassenen ist wichtiger als alle anderen Unterstützungen. Für weibliche Straftatlässige, denen Stellung zu verschaffen noch schwieriger fällt, ist etwas besser durch das Frauenhaus „Rindenhau“ und durch das „Johannistift“ gesorgt. Zu einer nennenswerten Tätigkeit auf dem Gebiet der Jugendfürsorge hat sich in 1913 wenig Gelegenheit geboten, weil hier andere Vereine in genügender Weise wirken. Der vom Schatzmeister Algen vorgelegte Kasernenbericht zeigt 5888 Mark Ausgaben, davon entfallen rund 4000 M. auf Aufwendungen für Strafentlassene. Der Vermögensstand beliefert sich auf 21 036 M.

Das Luft- und Sonnenbad auf dem „Abelberg“, bannmännlich Eigentum des Vereins für volkswirtschaftliche Gesundheitspflege, E. B., wird am kommenden Sonntag, den 26. d. M., wieder für den allgemeinen Besuch geöffnet. Geschlossen war es selbst im Winter nicht ganz, denn eine größere Anzahl Männer und Frauen besuchten das Bad selbst bei der strengsten Kälte des Jahres. Die gesundheitsfördernde Wirkung der Luftbäder äußert sich besonders in der Abhärtung des Körpers, Stärkung der Nerven, dem Allgemeinbefinden. Der „Verein für volkswirtschaftliche Gesundheitspflege“ hat nun in seiner in vorliegender Nummer des „Tagblatts“ abgedruckten Anzeige einen Gutschein beigelegt, gegen dessen Vorzeigung jedem die einmalige Benutzung des Bades kostenlos gestattet ist. Abirgend kann das Bad auch am Sonntag, nachmittags von 3 Uhr von jedermann besichtigt werden, zu welchem Zweck der Badebetrieb eingestellt ist.

Handelskammer Wiesbaden. Bei der gestrigen Eröffnung in Ridesheim wurde als Mitglied der Handelskammer Herr Albert Sturm, Direktor der Schaumweinellerei Rattkows Müller, Aktiengesellschaft in Elbille, mit 43 von 65 Stimmen gewählt.

Fohlenweiberöffnung. Die „Pferdezuggenossenschaft“ für den Stadt- und Landkreis Wiesbaden“ eröffnete kommenden Montag auf der von ihr gepachteten Knieps, Domäne Knieps, die Sommerweide 1914. Es werden am genannten Tage, von vormittags 9 Uhr ab, von der Regattastraße in Siebich a. Rh. die Weideweiher mit der Vereinsfähre übergeben. Nach den Anmeldungen zu schließen, wird die Weide wieder eine gute Besetzung finden, so daß der von der Landwirtschaftskammer als höchst zulässig bezeichnete Besuch auch in diesem Jahr wieder erreicht werden dürfte. Vor Bezug der Weide werden auf der Rheininsel sämtliche Weideweiher genau gewogen, um beim Abtrieb feststellen zu können, welche Gewichtszunahme der Weidegang erbracht hat.

Gewerkschaften sind fortbildungspflichtig. Mit Beginn des neuen Schuljahres sind in Wiesbaden außer den Handwerkslehrlingen namentlich auch alle ungelerten Arbeiter fortbildungspflichtig geworden, und zwar zunächst diejenigen, die jetzt zu Ostern aus der Schule entlassen wurden. Alle gewerblichen und kaufmännischen Betriebe, die Hausburken, Hausdiener, Ausläufer,boten, Fabrikarbeiter, Liffungen, Zeitungsträger, Eisträger und dergleichen Hilfskräfte beschäftigen, sind verpflichtet, dieselben umgehend in der Gewerkschule anzumelden. Der Unterricht hat bereits begonnen, und es machen sich deshalb sowohl die Schulpflichtigen wie die Arbeitgeber strafbar, wenn dem Gesetz nicht genügt wird.

Das Pflaster Wiesbadens läßt an manchen Stellen recht sehr zu wünschen übrig und führt besonders bei Witterungen und anderen Fußleidenden zu lebhaften Klagen. So ist das Trottoir in der Schwabacher Straße, vom Nidelsberg an abwärts bis zur Lufsenstraße, in einem solch unebenen Zustand, daß es zur Qual wird, dasselbe zu passieren. Gefunde und Kranke wären der Stadt sicher zu Dank verpflichtet, wenn hier bald Abhilfe geschaffen würde.

Autounfall. Gestern nachmittags fand man an der Platter Straße in der Nähe des Leufelsgrabens die Reste eines Automobils mit dem Abzeichen I T 639 und dem Fabrikat N. S. U. Der Wagen war in Brand geraten und in seinem hinteren Teil völlig zerstört. Der vordere Teil mit dem Vergaser war unbeschädigt.

Fremdenverkehr. Prinz Wilhelm von Sachsen-Weimar und Prinzessin Gertrud von Sachsen-Weimar sind nach Besichtigung und Bedienung im „Hotel Wilhelma“ eingetroffen.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* Art-Theater. Morgen, als am letzten Sonntag des Fest-Teatral-Festivals, finden 2 Aufführungen von „Bravo-Talpa, die neue Revue“ statt, und zwar nachmittags 3 1/2 und abends 8 Uhr. Am Mittwoch hat Clara Seibl Ehrenabend; am Donnerstag findet die Abschiedsvorstellung statt.

Aus dem Vereinsleben.

Vorberichte, Vereinsversammlungen.

* Der Männergesangsverein „Cäcilia“ hielt am Samstag, den 18. d. M., seine diesjährige Jahreshauptversammlung unter zahlreicher Beteiligung der Mitglieder ab. Aus dem ausführlichen Bericht des vorigen Vorsitzenden, Herrn E. Pumpt, war zu entnehmen, daß der Verein ein sehr arbeitsreiches Jahr verbracht und unter der verdienstvollen Leitung seines Dirigenten, Lehrer Angels aus Marienburg, erneute Fortschritte gemacht hat. Der Vorstand wurde einstimmig gewählt und besteht aus den Herren: A. Krellmann, Ehrenvorsitzender, E. Pumpt, 1. Vorsitzender, Ed. Wirt, 2. Vorsitzender, Jaf. Lang, Kassierer, A. Maus, 1. Schriftführer, Herrn. Handrich, 2. Schriftführer, A. Thiel, Schonom, und

E. Thiele, Herrn. Maier und A. Christ, Beisitzer, sowie den Herrn A. Stamm, G. Neb und J. Bach als Ehrenbeisitzer. Als Rechnungsprüfer für 1914/15 fungieren die Herren Hr. Schuch, H. Schmidt und J. Bellmann. Die Wahl der Rabattenbegleiter entfiel auf die Herren K. Winkler und Lehmann, als Rabattenbegleiter auf die Herren G. Herrmann, J. v. Wied, S. Hochheim und A. Ruck. Seine diesjährigen Winterveranstaltungen: Konzerte und Wästenball hält der Verein wiederum im großen Festsaal der Turngesellschaft, Schwalbacher Straße 8. ab. Mit einem dreifachen Zuschuss auf das weitere Wästen und Wästen der „Gacile“ schloß der 1. Vorsitzende die in allen Teilen gut verkaufte Versammlung.

Vereinsvorträge.

* Über das Thema „Scheingründe für die Nicht-Erlernung der Stenographie“ hielt in der Stenographieschule Stöckel-Schuch (Gewerkschaftsgebäude) Herr Stüb. W. Baul einen Vortrag. Redner führte u. a. folgendes aus: In der heutigen Schreibweise ist die Stenographie zum Bedürfnis geworden. Der gewöhnliche Stenograph wird überall benötigt; dennoch stehen viele abseits vom Berufsweg der Stenographie. Sie bringen auch Gründe für ihre schriftliche Abneigung vor: Die Stenographie ist zu schwer, sie ist unzuverlässig, sie krenzt die Augen an, sie verleiht der Handschrift, verleiht die Orthographie, führt zur Verwirrung, gibt Anlaß zu Unordentlichkeiten; ich habe keine Gelegenheit gehabt, die Stenographie zu erlernen, ich habe keine Zeit, sie zu lernen, ich bin zu alt, um mich noch einmal auf die Schulbank zu setzen, es schied sich nicht in meiner Stellung, die Stenographie zu erlernen, ich habe eine schwere Hand, ich habe keine Verwendung für die Stenographie. Manche ist bei der Vielseitigkeit der Systeme die Wahl zu schwer, wieder andere warten auf das deutsche Einheitsystem und wollen so lange, bis dies geschaffen, auf die Vorteile der Stenographie verzichten. Redner wies nach, daß die erwähnten Gründe auf allermeist Scheingründe für die Nicht-Erlernung der Stenographie seien; man dürfe nicht darüber klagen, daß fast jeder Beruf überfordert sei. Der Vortragende schloß mit dem Ausspruch eines amerikanischen Stenographen: „An der Spitze — also auch für den tüchtigen Stenographen — ist immer Platz.“ Dem Vortrag, der mit Beifall aufgenommen wurde, wohnte u. a. auch der Vorsitzende des Verbandes Stöckel-Schuch, Herr M. Völler-Berlin, bei, der zurzeit die Verhandlungen des hier tagenden medizinischen Kongresses stenographiert.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Konsumverein Dieblich und Umgebung.

o. Dieblich, 23. April. In der Frühjahrsgeneralversammlung erbat der Geschäftsführer, Herr Stadtverordneter Richter, den Geschäftsbericht über das Halbjahr September 1913 bis 1. März 1914. Der Umsatz im Badengeschäft hob sich von 234.340,58 M. im Vorjahr auf 315.844,88 M., mit einer Ausnahme von 31.504,02 M. Dazu kommen noch 7789 M., so daß sich der Gesamtumsatz auf 326.637,73 M. beläuft. Der Verkehr im Lieferantengeschäft erreichte im ersten Halbjahr 66.000 M. Neben einer reichlichen Absatzleistung auf das Inventar und außer den 5 Proz. Rabatt mit 20.549,27 M. verbleibt noch ein Reinerlös von 8306,95 M. An Gehalt und Lohn wurden 14.672,43 M. ausbezahlt. Für Miete und Mithalten 12.570,23 M. gezahlt. An arbeitslose Mitglieder wurden 200 M. in Waren gegeben. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr K. K. K., berichtet, daß Wästen, Kaffe und Tee stets in bester Ordnung befunden wurden. In den Aufsichtsrat wurden die Herren K. K. K. wieder- und Stern neu gewählt.

y. Sonnenberg, 24. April. Von dem Pfälzerbiller N. M. Winkler ist die Errichtung eines Wohnhauses an der Mühlmaße an Stelle des alten Hauses projektiert. Der Bau ist in seinem äußeren Rahmen, insbesondere der neuen Bauräume angeordnet und befindet sich eine Reihe der Orte zu werden. Die Gemeindefürsorge haben Einwendungen gegen das Baugesuch nicht zu erheben und beschlossen, die Entscheidung der Bauaufsichtbehörde abzuwarten, weil der Bau die Flutlinie für die verlängerte Mühlmaße berührt.

Provinz Hessen-Nassau.

Regierungsbezirk Wiesbaden.

11. Lorch a. Rh., 22. April. Die wenigen warmen, sonnigen Tage haben das Wachstum der Reben mächtig angeregt. Die Knospen haben sich entfaltet und die jungen Weinblätter mit ihren grünen Blättern sind schon stark ausgebreitet. Es war höchste Zeit, daß man mit dem Rebschnitt zu Ende gekommen ist, wenn man dem Weinstock keinen Schaden zufügen wollte. Viele fleißige Hände sind jetzt bei dem Binden der Reben an die Pfähle beschäftigt und man beeilt sich, auch mit dieser Arbeit bald fertig zu werden. Hoffentlich werden die bis jetzt günstigen Aussichten nicht durch die so gefürchteten Reiszüge beeinträchtigt werden.

el. Vom unteren Main, 22. April. Begünstigt von der warmen Witterung der letzten Tage macht das Wachstum der Reben gute Fortschritte. Die Knospen sind fast geschwollen und an besonders geschützten Stellen lugen schon die jungen Triebspitzen aus der wolgigen Hülle hervor. Die Weinbergarbeiten sind weit vorgeschritten, namentlich sind die Arbeiten am Stock ziemlich beendet, nur hin und wieder ist man noch mit dem Biegen und Binden der Reben beschäftigt. Die Kornfelder, bei denen man große Frostschäden befürchtete, haben sich gut erholt und berechtigen zu den besten Hoffnungen. Die Frühjahrssaat ist so weit beendet und man ist eben mit dem Kartoffelsetzen beschäftigt. Die Gartenarbeiten sind in vollem Gange.

we. Frankfurt a. M., 24. April. Heute vormittag hat sich der Parteivorsitzende des 2. Bataillons der „Einmündigen“, Kampf, durch einen Schlag in den Mund leicht verletzt. Dem Mann war ein Schriftstück abhandeln gekommen, welches er heute vorlesen sollte. Darin wird der Verweser an der Tag gesehen. — Heute ist dem Schriftleiter des „Freiheits“, W. S. M., auf Grund seiner Veröffentlichungen über das Salzbad die Anklage wegen Verleumdung des Erfinders durch die Presse ausgestellt worden. Von dem Ausgang dieses Prozesses wird es abhängen, ob auch gegen den „Turner“ eingeschritten wird.

— Bad Somburg v. d. R., 24. April. In Gegenwart von über hundert Gästen aus allen Teilen des Deutschen Reiches wurde heute vormittag im Kurhaus die erste Tagung des vor zwei Jahren in Bad Somburg gegründeten Kongresses für Verdauungs- und Stoffwechselkrankheiten durch Geh. Med. Rat Prof. Dr. Ewald aus Berlin eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Prof. Dr. Ewald bekannt, daß Dr. J. Ewald aus Berlin dem Kongress 10.000 M. gestiftet hat, deren Zinsen der besten Arbeit auf dem Gebiete der Verdauungs- und Stoffwechselkrankheiten zugute kommen sollen. Hierauf erhielt Geh. Med. Rat Prof. Dr. A. Schmidt aus Halle das Wort zu seinem Referat über die schweren entzündlichen Erkrankungen des Verdauungsapparates.

S. Hachenburg, 22. April. Das Westertal der Gießhölzlswelt von Bidel u. Schneider sendet uns eine Verzeichnis des Artikels vom 8. p. M., deren wesentlicher Inhalt folgender ist: 1. Nach den Stromlieferungsbedingungen der Koblenzer Straßenbahn-Gesellschaft (St. V. G.) ist der Preis von 40 Pf. netto; 2. die Kraftbezieher in Hachenburg würden nach dem bisherigen Konsum bei der St. V. G. 17 Pf. anfangs 15 Pf. bei Bidel u. Schneider zu zahlen haben;

3. endlich beziehen viele Hachenburger Lichtabnehmer bei Bidel u. Schneider durch Gewährung von Rabatt ihr Licht zu 45 Pf. In der Berichterstattung bemerkt dazu: 1. Nach dem mit vorgelegten Prospekt der St. V. G. konnte sich das Rabattversprechen auch auf Licht beziehen; 2. nach den Bemerkungen von Bidel u. Schneider könnte es scheinen, als ob alle Kraftabnehmer bei ihnen nur 15 Pf. zu zahlen hätten. In Wirklichkeit erhalten nur die Großabnehmer für diesen Preis Strom, die kleineren Stromabnehmer müssen, so hat mit einer derartigen Erklärung, höhere Preise zahlen. Sie würden sich also bei der St. V. G. besser stellen. Bidel u. Schneider geben wieder nicht an, wann der hohe Rabatt eintritt; 3. die Mehrheit der Hachenburger Lichtbezieher zahlt also bei Bidel u. Schneider höhere Preise (50 und 45 Pf.), also sie bei der St. V. G. zahlen würde (40 Pf.). Ihr Berichterstatter hat nun nichts mehr in dieser Sache zu berichten.

w. Herborn, 24. April. In einem Eisenbahnabteil zweiter Klasse wurde ein junges Mädchen, das nach Gießen reisen wollte, tot aufgefunden. Da die Todesursache nicht festgestellt werden konnte, wurde ein junger Mann, welcher der Leiche in Herborn den Vorfall meldete, vorläufig in Haft gehalten.

Regierungsbezirk Kassel.

A. Saman, 24. April. Die Stadtverordneten haben, nachdem das Mainkanalprojekt gescheitert ist, in ihrer gestrigen Geheim Sitzung beschlossen, den Vorsteher des Bauamtes für die Fortsetzung der Mainkanalisation, Regierungsbaumeister Doeberl, zu erlauben, ein Projekt für die Errichtung einer Kanalanlage bei Saman ausarbeiten. Mit der Fortsetzung der Mainkanalisation wird am 1. Juli begonnen werden. Die Stadtverordneten beschließen ferner die Aufnahme einer Anleihe von 1 Mill. M. zu 4 Proz. bei der Wilhelm. Lebensversicherungs-Gesellschaft in Magdeburg. Der Kurs beträgt 94,2 Proz.

Nachbarstaaten u. Provinzen.

— Rintken bei Mainz, 24. April. Der hiesige Landwirtschaftliche Konsumverein hat für seine 296 Mitglieder die Genehmigung zur Errichtung einer Obst- und Gemüseverkaufsstelle erhalten. Der marktähnliche Verkauf wird mit Beginn der Erntezeit seinen Anfang nehmen. Die Verkaufsstelle, welche für jeden Verkaufsorteisen ist, wird noch näher bekannt gegeben werden. Die Obstplantagen umfassen mehr als 1200 Morgen mit ungefähr 100.000 tragfähigen Bäumen, größtenteils Steinobst. Vor 4 Jahren wurden hier ungefähr 6000 Zentner Obst in zwei Sorten geerntet. Die Ernteerträge sind über 100 Morgen groß und bieten reichliche Versorgung für Markt- und Konsumware.

m. Aus Rheinfelden, 24. April. Die Spargelzeit rückt immer näher heran, die Ernte dieses köstlichen Gemüses ist in immer größer werdendem Umfang ein. Schon jetzt ist die Zufuhr zu den verschiedenen Spargelmärkten recht bedeutend, doch wird sie mit der vorrückenden Jahreszeit immer umfangreicher. Die Spargelzüchter hoffen für dieses Jahr auf eine ganz besonders ausgiebige Ernte. Der Boden wurde vom häufigen Regen gründlich durchweicht, während die ausgedehnten herrschende Witterung für die Entwicklung des Spargels sehr vorteilhaft ist. Auch wird erwartet, daß die Spargelzucht in diesem Jahre in geringerem Maße auftreten wird, da die Bekämpfung dieses Schädlings auf behördliche Anordnung allgemein aufgenommen wurde und energisch durchzuführen ist.

w. Mannheim, 24. April. Das Luftschiff „J. 1“ ist, von Baden-Baden kommend, heute vormittag 10 Uhr 30 Min. auf der Luftschiffwerft Schütte-Lanz bei Brühl gelandet und um 11 Uhr 30 Min. wieder nach Baden-Doß zurückgefahren.

Gerichtssaal.

M. Frankfurt a. M., 24. April. Die hiesige Strafkammer verurteilte den Schloßer Otto Oehme zu 8 Jahren Zuchthaus, den Metallgießer Th. Finsterer und den Diamantenschleifer A. Kieff zu je 3 Jahren Gefängnis. Oehme hatte in Gemeinschaft mit dem flüchtigen Arbeiter Schwarze in der Nacht zum 14. Januar in ein Goldwarengeschäft in der Frierischen Gasse eingebrochen und für 25.000 Mark Schmuckwaren gestohlen. Sein Freund Schwarze brannte mit dem Raub durch, Oehme erhielt nur 28 M. Die Mitangeklagten machten sich der Hehlerei schuldig.

Sport und Luftfahrt.

* Pferderennen zu Maisons-Lafitte, 24. April. Brig du Val-Notre-Dame, 3000 Fr. 1. Leon Rabus Bhalot (M. Bonal), 2. Delico, 3. Arabida, 153:10; 52, 37, 29:10. — Brig de la Rablaie, 6000 Fr. 1. A. Souvignans Robinson (Mac Gee), 2. Opitt, 3. Bette v. Die, 68:10; 15, 12, 21:10. — Brig des Greflons, 3000 Fr. 1. Bascol Tonescos Mlocon (Sharpe), 2. Indiscret, 3. Roula, 2, 29:10; 16, 24, 56:10. — Brig Penelope, 20.000 Fr. 1. Edmond Blancs Rofels (G. Stern), 2. Diabolica, 3. Ufrigue, 19:10; 12, 12, 39:10. — Brig de Fresno, 5000 Fr. 1. Jean Sterns Turpin (Warner), 2. Kamabeta, 3. Kurolette, 69:10; 35, 21, 27:10. — Brig Masque, 6000 Fr. 1. A. Weiss Mandarin 6 (Mac Gee), 2. Dramatiste, 3. Karagouff, 22:10; 13, 15.

* Radrennen in Mainz. Die am nächsten Sonntag stattfindenden Radrennen bringen in drei Dauerrennen hinter Motorführung den in Mainz rühmlichst bekannten Radsportler, van Gent, der nach dem an Ostern erfolgten Todessturz von Reß der beste holländische Dauerradler ist und den bestbekannten Stundensmeister Hermann Bawke, Berlin, an den Start. Die drei Fahrer, die der A-Klasse angehören, sind gleichwertig. In den B-Klassen werden die besten Fahrer Süddeutschlands. Besonders Interesse bringt man dem erstmaligen Zusammenreffen von Reß, Mainz, mit den Darmstädter Dams (der ihm im Anfang der Saison 1913 sehr zu schaffen machte) und Schring und dem Frankfurter Cohn entgegen. Im Tandemrennen starten acht Frankfurter. Die neue Direction (die Bahn ist an die Gesellschaft für Veranstaltung von Radrennen verpachtet), hat alle Vorbereitungen getroffen, den Rennern zu einem wirklich erstklassigen zu gestalten.

sr. Amerikanische Baseballspieler in Berlin. Die internationale Baseball-Liga mit dem Sitz in London unternimmt gegenwärtig eine Tournee durch den Kontinent, um für den in Amerika so populären Baseballsport auch in Europa neue Freunde zu gewinnen. In Deutschland werden die Amerikaner zu Pfingsten in Berlin debütieren.

st. Die Lawn-Tennis-Weltmeisterschaften auf Hartplätzen werden vom 20. Mai bis 7. Juni d. J. in Paris ausgetragen werden.

sr. Deutsche Reiterhöfische - Rudertregatta. Der Mannheimer Ruderverein, dessen Protokoll Großherzog Friedrich II. von Baden ist, schreibt jetzt die 9. Deutsche Reiterhöfische Rudertregatta für den 9. August im Mühlbühl bei Mannheim aus. Die Reiterhöfischen Rudertregatten sind gleichzeitig Auscheidungsrennen zu den Reiterhöfischen Rudertregatten der Fédération Internationale des Sociétés d'Aviron (Europa-Reiterhöfische), die am 28. August 1914 in Berlin-Grünau vor sich gehen.

w. Tödlicher Unfall beim Schiffsflug. Wien, 24. April. Der Flieger Pilschmann, der heute morgen in Aspern auf ersten Etappe des Schiffsfluges Wien-Prag mit seinem

Bruder als Passagier aufstieg, ist bei Wetzl infolge ungünstiger Windverhältnisse abgestürzt. Pilschmann wurde lebensgefährlich, sein Bruder schwer verletzt. — Wie eine weitere Meldung besagt, ist der Flieger Pilschmann gestorben.

w. Eine Ballonverfolgung mit Zeppelinluftschiffen, Fliegern und Automobilen. Eine luftportige Veranstaltung, in diesem Umfang und dieser Vollständigkeit die erste in ganz Deutschland, wird im Juni d. J. in Mainz stattfinden. Es ist dies eine Ballonverfolgung unter Mitwirkung von Zeppelinluftschiffen, Fliegern, Freiballons und Kraftwagen. Das Kriegsministerium hat einen Zeppelin sowie eine Anzahl Flugzeuge zur Verfügung gestellt. Das Luftschiff soll auf einem im Rhein befestigten Floß landen. Flieger und acht bis zehn Freiballons werden aufsteigen. Diese Flugzeuge sowie eine Anzahl Kraftwagen werden im Dienste der belagerten Festung Mainz oder der Belagerungsarmee stehen. Die Aufgabe wird der Gouverneur der Festung Mainz, General von Matben, stellen.

Neues aus aller Welt.

Zwei neue Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie für den Panamakanal. Hamburg, 24. April. Die Hamburg-Amerika-Linie bestellte bei der Werft von Joh. C. Tecklenborg in Geestemünde zwei Doppelschraubendampfer von je 16.000 Tonnen. Die Dampfer sind für die Fahrt durch den Panamakanal bestimmt.

Ein Raubmordversuch auf der Landstraße. Neunkirchen (Saar), 24. April. Anscheinend ein Raubmordversuch wurde gestern nachmittag gegen 3 Uhr auf dem Wege von Landsweiler nach hier an der aus Landsweiler gebürtigen Kaiserin Margarete, Thiel verübt. Die Thiel wurde mit dem Gewicht auf der Erde liegend bewußtlos aufgefunden. Sie hatte am Vorderhals eine Schnittwunde. Das Gesicht war blutunterlaufen. Es wurde ihr ein Betrag von 450 M. geraubt. Von dem Täter hat man keine Spur.

Große Unterschlagungen. Köln, 24. April. Die Blätter melden: Der Geschäftsführer Donner der Baselinefabrik Herbsthal wurde verhaftet, als er im Kraftwagen die Grenze überschreiten wollte. Er soll über 100.000 M. unterschlagen haben.

Großfeuer. Oßensbach (Oberamt Madenheim), 24. April. Heute nacht sind hier fünf Häuser und drei Scheunen mit kleineren Anbauten abgebrannt. Das Gasthaus wurde geräumt, blieb aber vom Feuer verschont. Der Gebäudeschaden wird auf 25.000 M., der Mobiliarschaden auf 20.000 M. geschätzt.

Ein Liebesdrama. Saarbrücken, 24. April. Heute früh gegen 3 Uhr wurde die in der Wilhelm-Heinrichstraße 8 wohnende 27 Jahre alte Kellnerin Elise Paul vor ihrer Wohnung von ihrem Liebhaber Heinrich Schmidt, angeblich Inspektor der Stadt- und Stadtkasse in Röh, durch einen Pistolenschuß in die Herzgegend schwer verletzt. Nachdem ihr die erste Hilfe zuteil geworden war, wurde sie nach dem Krankenhaus gebracht. Der Täter wurde von einem Kriminalbeamten verfolgt und sprang, als er sah, daß ihm ein Entkommen unmöglich sei, in die Saar, wo er ertrank.

Selbstmord eines Mannes aus Furcht vor Strafe. Düsseldorf, 24. April. In der hiesigen Mannesleierne erschloß sich heute der im dritten Jahre dienende Mann Straß mit seinem Karabiner aus Furcht vor Strafe wegen Meldeunmündigkeiten. Er sollte heute in Untersuchungshaft geführt werden, da er beschuldigt wird, mit einem anderen der alten Leute Melken in der Nacht aus ihren Betten getrieben und mit dem Säbel gemißhandelt zu haben.

Ein Attentat auf den Kaiser. Paris, 24. April. Die aus Amiens gemeldet wird, wurde in Bruch der 27jährige Landwirt Lambert verhaftet, der im dringendsten Verdacht steht, vor kurzem als Franz verkleidet, durch einen Revolveranschlag den Abbe Deschamps in St. Margent schwer verletzt zu haben. Lambert ist ein Verwandter des Geistlichen und sollte dessen Handlanger sein.

Ein betrügerischer Advokat. Gherjes (Ungarn), 23. April. Der Advokat Dr. Emil Engländer wurde unter dem Verdacht des Betrugs und der Verführung von Fälschungen und Unterschlagungen im Zusammenhang mit Parageliengegeschäften verhaftet. Dr. Engländer soll mehrere Klienten um etwa 1/2 Mill. Kronen geschädigt haben.

Die Nacht der futuristischen Veranschaulichung. Mailand, 24. April. Gestern abend veranstalteten die Futuristen wieder ein Konzert, bei dem Zukunftsmusikstücke gespielt wurden. Bald kam es zu einer Schlägerei zwischen den embörrten Zuschauern und den begeisterten Futuristen. Die heftigsten Italiener begannen sich jedoch nicht wie die Nordländer mit dem Bombardement fauler Eier, sondern Revolver und Messer bildeten ihre Waffe. Es kam zu einer furchtbaren Schlägerei, bei der zehn der Kämpfenden durch Messerstiche verletzt wurden. Den Schluß bildete ein Zweikampf zwischen einem Futuristen und dem Musikkritiker des „Matteo“, dem Agostino Comenotti. Dieser wurde durch mehrere Stöße mit einem Knüttel am Kopf verletzt.

Abgeordnetenhaus.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

8. Berlin, 24. April.

Am Ministertisch: Dr. Renke.

Präsident Graf v. Schwerin-Weich eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung des

Etats des Finanzministeriums.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (nall.): Beim Reisefahrtengesetz haben sich mehrfach Unzulänglichkeiten herausgestellt. Deshalb ist eine Revision des Gesetzes erforderlich. Die Beamten sollen für Arbeiten, die in ihr Ressort fallen, keine besonderen Remunerationen erhalten. Auch das System der Abschlagszahlungen ist reviditionsbedürftig. Wenn große Unternehmer für die Behörden Arbeiten ausführen, erhalten sie Abschlagszahlungen, während die kleinen Lieferanten ihre Arbeiten vollständig beenden müssen, wenn sie Zahlung erhalten. Die Veranschlagung der Aufschüsse für die Unterbeamten, namentlich in den Städten, sind vollständig unzureichend. Wir verlangen eine gleichmäßige Regelung der Wohnungszuschüsse.

Abg. Delius (Bpt.): Auch wir sind grundsätzliche Gegner für Remunerationen. Die Masseneinteilung der Orte muß den lokalen Verhältnissen angepaßt werden. Die jetzige Bemessung des Wohnungszuschusses ist für eine Reihe von Orten nicht mehr ausreichend.

Abg. Bartsch (Zentr.): Der Remunerationssonds, der jahraus, jahrein bei den mittleren und unteren Beamten das höchste Mal erreicht, sollte beseitigt werden. Für die höheren Beamten besteht ein solcher Fonds nicht. Möchte man ihn für diese Beamten einführen, so würde das einen Sturm der Entrüstung hervorrufen. Eine solche Einrichtung würde die Kollegialität nicht bloß gefährden, sondern sogar untergraben. Das Ehrgefühl der Beamten verfeinert sich immer mehr.

Zur Erfüllung ihrer Pflicht bedarf es nicht eines Ansporns durch Zuwendung von Geldmitteln. Die Beamten haben eine große Anzahl von Wohlfahrtsanstalten. In Fällen der Not können sie sich an diese wenden, ohne den unangenehmen Weg der staatlichen Unterstützung einschlagen zu müssen. Auch wir halten das Wohnungszuschußgesetz für reformbedürftig.

dürftig. Die kleineren Handwerker und Arbeiter, die sehr unter Kreditnot leiden, sollten bei Staatsaufträgen möglichst schnelle Bezahlung erhalten.

Abg. Dr. Lamperski (Pole): Wir bekämpfen diejenigen Positionen des Etats, die zur Verzögerung der Polen bestimmt sind. Das ist zunächst der Dispositionsfonds der Oberpräsidenten, aus denen diejenigen Beamten Zuwendungen erhalten, die sich durch Schikanen gegen die Polen hervor-tun. Da kann man in Wahrheit von Korruptionsfonds sprechen, und besonders sind es die Ostmarkenzulagen, durch welche die Beamten gegen die Polen scharf gemacht werden. Die treibende Kraft ist hier der Ostmarkenverein, vor dem die Beamten gittern.

Finanzminister Dr. Lenge: Durch das neue Reisefestengesetz ist ein Erwerbsinteresse unter den Beamten ausgeschloffen; sie erhalten nur ihre tatsächlichen Auslagen vergütet. Die Zahl der Remunerationen ist im Verhältnis zu der Zahl der Beamten nicht so groß, wie es im ersten Augenblick den Anschein hat. Auch wir sind im allgemeinen für den Fortfall der Remunerationen, stehen aber auf dem Standpunkt, daß besondere Dienste auch besonders entschuldigt werden müssen. Diese Forderung ist auch hier im Hause anerkannt worden und auch die Beamten selbst sind durchaus für die Beibehaltung dieser Einrichtung. Was die Lieferungen der einzelnen Betriebsverwaltungen anbelangt, so hat die Finanzverwaltung damit nichts zu tun. Es besteht die Bestimmung, daß fällige Rechnungen sofort bezahlt werden sollen. Was die Klasseneinteilung der Orte betrifft, so steht der Bundesrat die Voraussetzungen fest, nach der sie zu erfolgen hat. Die Prüfung im einzelnen bleibt den einzelnen Bundesstaaten überlassen, also eine Preisgebung der Entscheidung in dieser Frage seitens der Staatsregierung liegt nicht vor.

Abg. Dr. v. Campe (natl.): Auch ich möchte den Minister bitten, Remedur nach der Richtung eintreten zu lassen, daß die Handwerker für gelieferte Arbeiten rechtzeitig bezahlt werden.

Abg. v. Kardorff (freikons.): Die Posener Pfandbriefanstalt hat sich ganz vorzüglich entwickelt. Es ist aber von größter Wichtigkeit, durch Übergabe von zweiten Hypotheken das Deutschtum in den Städten zu stärken. Die Not des Deutschtums in den Städten des Ostens hat sich durch die Verschärfung der Gegenstände bedeutend vergrößert. Ich kann der Regierung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie nicht immer mit dem nötigen Nachdruck vorgegangen ist. Unstimmigkeiten in der Staatsregierung über die Polenpolitik haben nicht gefördert, sondern geradezu hemmend auf die Bestrebungen eingewirkt. Ich muß die Verwaltung dringend bitten, mit dem ewigen Reglementieren aufzuhören und die Posener Pfandbriefanstalt nicht weiter am Gängelband zu führen. Man sollte den bewährten Männern dieser Anstalt mehr Vertrauen entgegenbringen und sie frei gewähren lassen. (Beifall bei den Freikonservativen.)

Finanzminister Dr. Lenge: Gegen die scharfen Vorwürfe des Abgeordneten v. Kardorff gegen die Finanzverwaltung muß ich den allerentschiedensten Widerspruch erheben. Woher weiß der Abgeordnete v. Kardorff, daß Unstimmigkeiten in der Staatsregierung in der Polenfrage vorhanden sind? Ich muß entschieden in Abrede stellen, daß Herr v. Kardorff die Berechtigung hat, so etwas zu sagen. Das sind Vorwürfe, die man nicht ohne weiteres in die Welt setzen darf, wenn man keine tatsächlichen Unterlagen hat. Ein ebenso unberechtigter Vorwurf ist es, wenn Herr v. Kardorff behauptet, die Staatsregierung habe es unterlassen, das Deutschtum in den Städten zu stärken. Wir haben es nicht verdient, daß wir in dieser Art angegriffen werden. (Beifall links.)

Abg. Künzer (natl.) begründet den Antrag Randler und Genossen, die Staatsregierung zu ersuchen, die Kreditanstalten für städtischen Hausbesitz der Provinzen Posen und Westpreußen durch Gewährung eines ausreichenden, mit mindestens 3 1/2 Prozent veranschlagten Staatskredits baldigst in den Stand zu setzen, Hausgrundstücke in den Städten der beiden genannten Provinzen zur zweiten Stelle zu beleihen. Die Handwerker und Hausbesitzer in den beiden An siedelungsprovinzen haben sehr schwer um ihre Existenz zu kämpfen, daher ist es dringend notwendig, auch den städtischen Besitz mehr als bisher zu fördern.

Abg. Dr. v. Aries (kons.): Auch wir halten es für eine Notwendigkeit, das Deutschtum in den Städten des Ostens zu stärken. Wir haben daher den Wunsch, der Posener Pfandbriefanstalt ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, um den Grundbesitzern in den Städten eine Unterstützung zu bringen.

Auch wir bitten die Staatsregierung, von einer Reglementierung der Pfandbriefanstalt abzusehen und ihr mehr Verfügungsfreiheit zu lassen. Den Antrag Randler bitten wir anzunehmen.

Abg. Korfanty (Pole): Die bisherige Polenpolitik ist nichts weiter als ein ununterbrochener Vorkrieg gegen die Polen. Diese Politik bringt schwere wirtschaftliche Schäden, aber nicht nur die Polen, sondern auch die Deutschen haben darunter zu leiden. Sie (nach rechts) haben ganze Landesteile vergiftet, Sie wollen nicht, daß es bei uns zur Ruhe kommt.

Abg. Quä (Sog.): Wir sind warme Freunde der inneren Kolonisation. Wir billigen auch den sicher guten Gedanken eines billigen Kredites. Aber der Antrag Randler bedeutet nur eine Verschärfung des unseligen Kampfes gegen die Polen. Wir lehnen ihn deshalb ab.

Abg. Graf Nolte (freikons.): Die Polen zwingen den preussischen Staat durch ihr Verhalten zu Maßregeln, die bis an die äußerste Grenze gehen. Von selbst ist kein Staat geneigt, einen großen Teil seiner Bevölkerung aus seditious Motiven heraus zu quälen. (Zurufe.) Kennen Sie mit einem solchen Staat! (Zuruf links: Preußen! — Zurufe rechts.) Der Gedanke, daß die Sozialdemokraten für eine Hebung des Bauernstandes sind, ist wirklich neu, und ich muß gestehen, daß ich gerade die Sozialdemokraten am ungeeignetsten für die Verwirklichung eines solchen Gedankens halte. Dem Antrag Randler stimmen wir zu.

Abg. Kronsohn (Sog.): Auch ich stimme dem Antrag zu, der nicht ein Kampfmittel, sondern ein Schuttmittel für die Städte in Posen und Westpreußen sein soll.

Abg. v. Kardorff (freikons.): Ich beantrage, den Antrag Randler der Budgetkommission zu überweisen. Ich bedauere, daß meine Ausführungen den Finanzminister so empfindlich berührt haben, es hat mir jede Absicht, den Finanzminister persönlich zu verletzen, durchaus fern gelegen. Der Minister sollte doch Verständnis dafür haben, wenn man in

einer Sache, die einem am Herzen liegt, ein scharfes Wort gebraucht.

Finanzminister Dr. Lenge: Ich nehme Akt von der Erklärung des Vorredners, daß er nicht die Absicht hatte, mich zu verletzen.

Abg. Braun (Sog.): Wir bezweifeln, daß der Antrag nicht die Tendenz haben soll, die Polen zu belästigen. Der Abg. Graf Nolte hat unsere Bauernfreundlichkeit bezweifelt. Mit Ihnen (nach rechts) nehmen wir es an Bauernfreundlichkeit noch auf.

Abg. v. Trambornski (Pole): Es ist ein schweres Unrecht, daß mit den Steuern, die wir zahlen, die Polen belästigt werden.

Der Antrag Randler wird der Budgetkommission überwiesen.

Abg. Dr. v. Brüning (kons.): Gegen die Einstellung von Dienstautomobilen bei größeren Oberpräsidenten haben wir nichts einzuwenden; wir hoffen aber, daß dabei nach örtlichen und sachlichen Gründen verfahren werde.

Nachdem der Abg. Dr. Padnide (Spt.) einige Wünsche um bessere Pflege des Tiergartens geäußert hatte, war die Debatte zu Ende. Der Etat des Finanzministeriums ist damit erledigt.

Es folgt der Etat der

Staatsschuldenverwaltung.

Abg. v. Kardorff (freikons.): Die Versicherungsgesellschaften sollten gezwungen werden, einen Teil ihrer Bestände in Staatspapieren anzulegen, wie es uns bei der Wespung des Sparlassengesetzes von der Regierung zugesagt worden ist.

Abg. Dr. Padnide (Spt.): Unsere preussischen Finanzverhältnisse sind so glänzend wie in keinem anderen Lande der Welt. Unseren Schulden stehen weit höhere Werte gegenüber. Der Finanzminister ist für eine vermehrte Schuldentilgung. Es fragt sich aber, ob nicht dadurch Beträge an eine Stelle geleitet werden, die irgendwo fruchtbringender sein könnten.

Wir gehen auch schon jetzt über das gesetzliche Maß der Schuldentilgung wesentlich hinaus.

Unsere Eisenbahnanlagen sind zum größten Teil verbender Natur und die Eisenbahnschulden in der letzten Zeit wesentlich gesunken. Wir wissen zurzeit nicht, wie sich unsere Einkommensteuerverhältnisse infolge der Veranlagung zum Wehrbeitrag gestalten und so lange die Verhältnisse nicht geklärt sind, sollten wir nicht zur Schuldentilgung verwenden, was auf andere Weise entsprechender angelegt werden könnte.

Abg. Gottschalk-Solingen (natl.): Wir halten eine erhöhte Schuldentilgung nicht für notwendig, sondern wünschen, daß die hierfür bestimmte Summe zur Erhöhung der Bezüge der Altpensionäre verwendet wird.

Abg. Wallenborn (Zentr.): Wir sind nicht in der Lage, dem Vorschlag des Finanzministers auf erhöhte Schuldentilgung zuzustimmen, zumal die Regierung nicht geneigt ist, die Steuerzuschläge zu beseitigen.

Finanzminister Dr. Lenge: Nach Ansicht der Staatsregierung ist die Tilgung unserer Schulden nicht ausreichend, es muß eine Verärgerung der Schulden, wenn auch in bescheidenem Umfang, eintreten. Im Reich ist man bereits zu einer stärkeren Tilgung der Schulden übergegangen, so daß es in absehbarer Zeit von Schulden frei sein wird. Das gibt den Reichsfinanzen eine größere Sicherheit. Bei uns schwinden die Schulden dagegen niemals.

Notwendig ist unbedingt, daß der Teil der Schulden, der verbender Natur ist, stärker als bisher getilgt wird.

Der Abgeordnete Padnide sagte, der Zeitpunkt ist nicht geeignet, eine erhöhte Schuldentilgung vorzunehmen. Aus diesen Erwägungen heraus haben wir davon Abstand genommen, auf gesetzlichem Wege vorzugehen. Ich kann dem Abgeordneten Padnide nicht zustimmen, wenn er behauptet, unser Staatsvermögen sei so groß und unsere Schulden so erträglich, daß eine Schuldentilgung überflüssig ist. Gottschalk sind unsere Finanzen so gut fundiert, und ebenso sind die Staatsschulden absolut sicher. Es ist aber ein falscher volkswirtschaftlicher Grundsat, wenn man gutfundierte Vermögen immer mehr verschulden läßt. Ich bitte, den Vorschlag der Staatsregierung, den Versuch mit einer erhöhten Schuldentilgung zu machen, anzunehmen.

Abg. Padnide (Spt.): Ich habe nur gesagt, daß ich den gegenwärtigen Augenblick nicht für geeignet halte, einen derartigen Plan auszuführen. Ich beantrage, den betreffenden Etatvermerk zu streichen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Damit ist der Etat der Staatsschuldenverwaltung erledigt.

Abg. Dr. Dietrich (Zentr.) begründet seinen Antrag, die Regierung zu ersuchen, den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses für die Dauer der jetzigen Legislaturperiode und für die gesamte Monarchie Fahrkarten zur freien Fahrt auf den preussisch-hessischen Staatsbahnen zu gewähren.

Die Forderung nach Freikarten ist eine dringende, weil es jedem Abgeordneten ermöglicht werden muß, sich nicht nur in seinem Wahlkreis, sondern im ganzen Lande zu orientieren.

Ein Regierungskommissar gibt im Auftrag des Ministers im Innern die Erklärung ab, daß dieser nicht in der Lage sei, die Zustimmung des Staatsministeriums betreffend die Gewährung von Freikarten an die Mitglieder des Abgeordnetenhauses in Aussicht zu stellen.

Abg. v. Bodenberg (kons.): Da durch die Gewährung von Freifahrtkarten den Abgeordneten ein Vorteil aus der Staatskasse erwachsen würde, erleidet das Ansehen des Hauses eine Einbuße. (Zurufe im Zentrum: Unerhört!) Wir stimmen gegen den Antrag.

Abg. Dr. Levy (natl.): Die überwiegende Mehrzahl meiner Freunde stimmen dem Antrag zu.

Abg. Rippmann (Spt.): Die Regierung wartet die Entscheidung des Hauses in dieser Frage nicht ab, sondern ein Minister — ich weiß nicht welcher — läßt durch einen Geheimrat erklären, daß die Wünsche des Hauses von ihm nicht berücksichtigt werden mit der Motivierung, daß die Frequenz des Hauses dadurch nicht gefördert werden wird. Darin liegt der Vorwurf, daß unter der Gewährung von Freifahrtkarten die Geschäfte des Hauses leiden würden. Im Reichstag haben die Abgeordneten ein großes und ganzes freie Fahrt in ganz Deutschland und die außerpreussischen Bundesstaaten haben ihren Abgeordneten auch bereits das gegeben, was wir verlangen. Hinter der ablehnenden Haltung kann eine sachliche Entscheidung nicht stehen. (Beifall links.)

Abg. Dirsch (Sog.) befürwortet die Annahme des Antrags. Nach weiteren kurzen Bemerkungen der Abg. Bredt (freik.), Bodenberg (kons.) und Rippmann (Spt.) wird der An-

trag gegen die Stimmen der Mehrheit der Konservativen und eines Teils der Nationalliberalen angenommen.

Die Abg. Rippmann (Spt.), Hoffmann (Sog.) und Bredt (freik.) ersuchen um bessere Anstellungsverhältnisse der Beamten.

Damit ist der Etat des Abgeordnetenhauses erledigt. — Der Etat des Herrenhauses wird ohne Debatte erledigt.

Nach debattierloser Erledigung einer Reihe von Petitionen vertagt sich das Haus. — Nächste Sitzung Samstag 11 Uhr: Eisenbahnanleihegesetz.

Schluß 6 Uhr.

Mexiko und die Vereinigten Staaten.

Die Begeisterung in Mexiko.

Mailand, 24. April. (Eig. Drahtbericht.) Der Korrespondent des „Corriere della Sera“ lobt aus der Hauptstadt Mexiko: Die Mexikaner sind von den Ereignissen über-rascht worden. Die Abwanderung der Amerikaner in Veracruz geschah unter völliger Abnungslosigkeit der Bevölkerung, die an Ausflüchtungen auch in größerem Maße der fremden Schiffe gewohnt ist. Die gesamte Truppenmacht der Mexikaner in Veracruz bestand aus einem Bataillon von 600 Mann, das zu verschiedenen Diensten verzerzt war. Erst nachdem die erste Überraschung verfliegen war, begann der sporadische Widerstand der Bürger. Ein wirklicher Kampf hat nicht stattgefunden. Die Begeisterung der Mexikaner ist ungeheuer und unbeschreiblich. Die Einschreibung der Freiwilligen hat begonnen. Der Jodelklub und die Aristokratie stellen der Regierung ihre sämtlichen Automobile zur Verfügung. Der Revolutionäre Zapata, welcher seit drei Jahren ganze Provinzen verwüstet, hat sich dem Gouverneur ergeben und Transportmittel für seine Soldaten gefordert, um sie nach Veracruz zu befördern. Die Nacht verlief sehr unruhig. Die Menge durchzog die Straßen bis zum frühen Morgen und schrie: Tod den Amerikanern! gerührte amerikanische Firmenschilder und Auslagen. Die Stadt hat geflaggt. Guerra hat eine allgemeine Amnestie erlassen für alle politischen Verbrechen und Rebellionen.

Ein Vorstoß Villas gegen Texas?

London, 24. April. (Eig. Drahtbericht.) Aus El Paso wird gemeldet, Villa sei bereits in der Grenzstadt Juarez angelangt, um angeblich persönlich den Transport einer großen Menge Waffen und Munition zu überwachen, die an der Grenze eingetroffen sei. Zu gleicher Zeit verlautet aber, daß ihm fünf Eisenbahngänge mit Truppen und Munition nach der Grenze gefolgt sind.

Die Rebellenführer und die Union.

wh. El Paso (Texas), 24. April. General Villa hat den Vertreter des amerikanischen Staatsdepartements, Carruthers, in Kenntnis gesetzt, daß er es zurückweise, in den Krieg mit den Vereinigten Staaten hineingezogen zu werden. Er wünsche den Amerikanern zu zeigen, daß seine Haltung freundlich sei. Der Agent Carranza, Besqueja, erklärte, die Note Carranzas an Wilson sei nicht feindlich, sie sei als Grundlage für weitere Verhandlungen gedacht. Carranza erwarte die Antwort des Staatsdepartements. Der Standpunkt der Rebellen wäre, daß die amerikanischen Truppen zurückgezogen werden sollten und Carranza de facto als Präsident oder wenigstens als kriegsführende Partei anerkannt würde. Nach seiner Anerkennung würde Carranza nicht zögern, sich wegen der Handlungen eines Mannes zu entschuldigen, den er als Verräter betrachtet.

Carranza unverföhnlich?

Paris, 24. April. Der Rebellenführer General Carranza telegraphierte an Diaz Lombardo, seinen Vertreter in Paris, daß er und seine Anhänger unter keinen Umständen mit Guerra gemeinsame Sache machen werden, den sie als einen Murrator, als einen Verräter und Mörder bezeichnen.

Verstärkungen für Veracruz.

wh. Galveston (Texas), 24. April. Vier Infanterie-Regimenter, eine Batterie und das 6. Kavallerie-Regiment stellen zusammen 4768 Mann, die in Galveston eingeschifft werden sollen, um zur Verstärkung der Besatzung nach Veracruz abzugehen. Sie werden von dem General Funktion, der sich auf den Philippinen ausgezeichnet hat, befehligt.

Flüchtlinge aus Mexiko.

wh. Washington, 24. April. Kommandant Fletcher meldet: In Veracruz ist ein Eisenbahnzug mit 74 deutschen, 50 englischen, 150 amerikanischen Flüchtlingen und 300 Flüchtlingen aus Mexiko (City) eingetroffen. Die Flüchtlinge berichten, die Zustände in der Hauptstadt seien für Ausländer nicht allzu beunruhigend.

Letzte Drahtberichte.

Der Statthalterwechsel in den Reichslanden.

Strasbourg i. G., 24. April. Fürst Wedel verläßt morgen in einem Salonwagen Strasbourg und mit demselben Wagen wird der neue Statthalter, v. Dallwitz, am 29. April nach Strasbourg reisen.

Der Abschiedsgruß des Fürsten v. Wedel.

wh. Strasbourg, 24. April. Die amtliche „Strasburger Korrespondenz“ veröffentlicht folgenden Text des kaiserlichen Statthalters Fürsten v. Wedel: „Vor mir aus dem hohen Amte scheide, das mir der Kaiser vor 6 1/2 Jahren zu übertragen die Gnade hatte, und ich das schöne Land verlasse, dessen Leitung mir anvertraut war, dessen Wohlfahrt mir warm am Herzen lag und auf dessen Entwicklung ich alle Zeit mein ernstes Bestreben richtete, ist es mir ein aufrichtiges Bedürfnis, ein Abschiedswort an dasselbe zu richten. Ich danke vor allem den Beamten aller Kategorien für die treue Pflichterfüllung und die hingebende Arbeit, durch die sie mich in der Erfüllung meiner oft schweren Aufgabe unterstützten, und hege die feste Überzeugung, daß sie wie bisher unbeeinträchtigt durch Hindernisse und Schwierigkeiten das Ziel verfolgen werden, das wir alle erstreben, das Reiches Wohl und Sicherheit und des Landes Entwicklung und Gedeihen. Ich danke der Bevölkerung für die mir aus ihrer Mitte so vielfach gezeigten Beweise des Vertrauens, aus denen ich die wohlwollendste Unterstützung schöpfen durfte, daß mein guter Wille, hier zu dienen, richtiges Verständnis fand. Meine

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags

Einziges Freiz für die Seele: 15 Btg für totale Anzeigen im "Arbeitsmarkt" und "kleiner Anzeigen" in russischer Zeitung, 30 Btg in beiden abwechselnd. Zahlungsfähigkeit, sowie für die übrigen letzten Anzeigen, 50 Btg für die ausstehenden Anzeigen; 1 Zlt für totale Anzeigen, 2 Zlt für ausstehende Anzeigen. Ganze, halbe, Drittel und Viertel Seiten, durchgehend, nach besonderer Berechnung. - Die wiederholter Aufnahme unvariiert Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechenden Rabat.

Berliner Redaktion des Wittenberger Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Gänsestr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451.

Für die Aufnahme von Anfragen an abgebildeten Tagen und Zeiten wird keine Gebühr erhoben.

Nr. 192. • 62. Jahrgang.

(Von unserem Maximalist-Mitarbeiter.)

C. L. Paris, 24. April.

Die sehr das Räthel, ob man nicht doch wenigstens zu einem Defensivbündnis gelangen könnte, auch die einflussreichsten französischen Politiker bekräftigt, zeigt der heutige Artikel von Gabriel Sanoctau im „Figaro“. Dieser ehemalige Minister des Aukern und Académicien war an der Riviera wiederholt der Gast Boissacres; er betitelt seine Rückschau auf die jetzigen Festtage „Entente oder Allianz?“ Gewiß kommt er zum Schlusse, man müsse bei der „Verständigung“ bleiben, aber seine gewundenen Redensarten erinnern wieder an den Fuchs, dem die Trauben noch zu grün waren. „Die Triple-Entente bedeckt sonstigen den ganzen Planeten“, schreibt er. „Aber die Ausdehnung ist nur eines der Elemente ihrer Größe; ihre militärische Stärke, ihr Reichthum, ihr Ansehen, all das ist ungeheuer. Schon fühlen sich zahlreiche Staaten in ihren Vannkreis gezogen. . . . Der Dreieund ist dagegen vor allem europäisch und politisch. Die Frage wurde gestellt — vielleicht von uns zum ersten Mal ganz nachdrücklich — ob der Dreieund mit seiner zu undeutlichen Formation und seiner zu langsamen Anpassung an die Ereignisse nicht

vorteilhaft in eine Allianz zu verwandeln wäre. Einer offiziellen Note zufolge scheint die Frage gestern gestreift worden zu sein: man hatte in der Tat das Gerücht verbreitet, daß man bei England erneut vorstellig geworden sei. Aber genau betrachtet, scheinen bis auf gewisse, mit der Entente vorgenommene Präzisionen, die Dinge beim alten geblieben zu sein; in dieser Hinsicht bewahren die Töafte ein eindrucksvolles Schweigen.“ Und Sanotaur gesteht, daß England augenscheinlich zögere, sich in eine Politik einzulassen, die es zur Veränderung seiner militärischen Einrichtungen und seines sozialen Systems zwingen würde. Das veranlaßt ihn, auch den Nachweis zu erbringen, daß Frankreich im Grund kein Interesse an einem solchen Bündnis hat. . . Na, dann also um so besser!

Die Abfahrt von Galais.

wb. Calais, 24. April. Der König und die Königin von England sind gegen 3 Uhr hier eingetroffen. Sie schifften sich sofort unter dem Schutz der englischen und französischen Kriegsschiffe ein und fuhren um 3.12 Uhr ab.

Die Ankunft in London.

wh. London, 24. April. Der König und die Königin von England sind heute abend wieder in London eingetroffen.

Ein Telegrammwechsel.

wh. Paris, 24. April. Vor seiner Abreise sandte der König von England an den Präsidenten Poincaré ein Telegramm, in dem er seinen und der Königin heißen Dank für den so herablassenden und freundschaftlichen Empfang Ausdruck gab, den sie empfunden hätten. Der Aufenthalt in Paris werde immer eine ihrer kostbarsten Erinnerungen sein und sie würden niemals die Aufnahme vergessen, die ihnen bereitet worden sei. Der König wiederholte dem Präsidenten gegenüber die Wünsche für eine glückliche Aufrechterhaltung der innigen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Präsident Poincaré sandte ein Danktelegramm, in dem es heißt: Paris, welches die Freude gehabt hat, das Herrscherpaar des befreundeten Reiches zu begrüßen, und die gesamte französische Bevölkerung werden entzückt bleiben von dem Besuch, den sie nicht vergessen werden.

Eine Erklärung Doumergues.

wh. Paris, 25. April. Ministerpräsident Doumergue erklärte einem Mitarbeiter des "Petit Parisien": In meinen Unterredungen mit Sir Edward Grey wurden alle Angelegenheiten erörtert, die gegenwärtig, sei es im Orient, sei es anderwärts, die französische und die englische Diplomatie beschäftigen. Wir haben erkannt, daß in keinem Punkte auch nur die leichteste Meinungsverschiedenheit zwischen uns besteht. Wie sollte es auch anders sein, da doch die Interessen der beiden Nationen in allen Theilen der Welt vollständig solidarisch sind! Es war nur natürlich, daß im Laufe dieser Unterredungen auch die Rolle der russischen Diplomatie zur Sprache kam. Wir können sagen, daß die Tripelentente niemals besser funktioniert hat und daß das Konzert der Tripelentente niemals so eng gewesen ist. Aber dieses Konzert betätigt sich für das Gleichgewicht und den Frieden. Der Friede kann nur aus dem Gleichgewicht herborsteigen, das bisher aufrechterhalten worden ist. Wir sind ebenso darauf bedacht, den Frieden zu schützen, als die Interessen eines jeden Theiles zu wahren. Ich lege Wert darauf, den hervorragenden Eigenschaften Sir Edward Greys öffentliche Anerkennung zu zollen. Dieser Staatsmann ist ebenso bemerkenswerth durch die Klarheit seiner Gedanken und durch Sachkenntnis wie durch seine hohe Auffassung von Recht und Gerechtigkeit. Die französisch-englischen Beziehungen nicht bloß ein glänzender Zwischenfall ohne Zukunft. Ich weiß, daß König Georg und Königin Mary von dem ihnen bereiteten Empfang durchaus begeistert waren, und zwar nicht bloß von dem amtlichen Empfang, sondern auch von der Aufnahme, die sie bei der Pariser Volksmenge gefunden haben. Diese Aufnahme drückte die wirkliche Freundschaft des Völkervölkens aus, das bisweilen ein sehr großer Diplomat ist. Die frohe Herzlichkeit, die sich in allen Pariser Vierteln kundgegeben hat, ist ein Angebot dafür, daß die Entente cordiale nunmehr mächtige, unerschütterliche Wurzeln im Volke gefaßt hat.

Die Presse zu den diplomatischen Verhandlungen.

wh. Paris, 24. April. Die Abendblätter erörtern mit großer Befriedigung das über die Verhandlungen zwischen Doumergue und Grev ausgegebene Communiqué. Die vom Quai d'Orsay inspirierten Blätter erklären mit einem gewissen Nachdruck, daß die Festung des Communiqués einen Beweis dafür bilde, daß auch das verbündete und befreundete Rußland bei diesen Besprechungen „gegenwärtig“ gewesen sei. Diese Bemerkung hat augenscheinlich den Zweck, den Tadel einiger nationalrussischer Organe zurückzuweisen, welche ihre Bekannten darüber ausgesprochen, daß beiden im Elysée gemeinschaftlichen Trinksprüche mit keinem Wort Rußland gedacht worden sei. Der „Temps“ schreibt: Wir wissen, daß die beiden Minister alle gegenwärtigen Probleme geprüft haben. England und Frankreich sind betreffs ihrer eigenen Interessen und betreffs der wünschenswerten

Lösungen vollständig im Einklang und zwar nicht bloß in Europa, sondern auch außerhalb Europas, z. B. nicht nur in Balkan- und kleinasiatischen Fragen, sondern auch in Afrika und in Ostasien. Was den in dem Communiqué gebrauchten Ausdruck „Gleichgewicht“ anbelangt, so handelt es sich nicht allein um das europäische Gleichgewicht, sondern um das Gleichgewicht an allen Punkten der Erde, auf welches die von neuem begründete Entente mit so eindringlicher Kürze hinweist. Diese Entente ist selbstverständlich die Triple entente, die immer mehr und mehr auf eine gemeinsame Aktion gerichtet ist.

Die „Times“ zur Pariser Reise des Königsgeorgs.

wd. London, 25. April. Die „Times“ schreibt zu dem Versuch des englischen Königspaares: Seine Bedeutung liegt in der Thatfache, daß sein Charakter wesentlich konservativ war. Er hat nichts Neues in die Beziehungen zwischen beiden Ländern eingeführt oder etwas an dem früheren Zustand geändert. Er läßt die Entente mit Frankreich und die Tripleente, wie er sie fand, die auf denselben Prinzipien basiert und dieselben Ziele verfolgte, wie zuvor. Er hat sie vor den Augen aller Welt bekräftigt und beide Nationen sind sich darüber einig, daß diese Befräftigung genügt.

Der „Tempo“ über die „starren“ Bündnisse.

* Paris, 24. April. Der „Temps“ tröstet sich über die Tatsache, daß England einem förmlichen Bündnis mit dem Rächer der Entente cordiale abgeneigt gegenübersteht, mit folgenden Äußerungen hinweg: „In England hat man von dieser Art Bündnisse harten Systems eine andere Auffassung als wir und die beiden Staatsmänner Englands und Frankreichs haben sich in ihren Pariser Verhandlungen flüchtig auf den jetzigen Stand der Dinge gehalten. Gewiß lassen sich harte Bündnisse für alle Möglichkeiten schließen, aber bei unvorhergesehenen Ereignissen laufen sie Gefahr, daß sie sich nicht mehr zu drehen und zu wenden wissen. Kann man zu einer Zeit, wo politische Fragen bei der völlig veränderten Gestaltung Europas schwere Komplikationen herbeiführen können, die alten diplomatischen Methoden beibehalten? Die Regierungen beider Länder haben alle atomistischen Erwägungen beiseite gelassen und beabsichtigen, indem sie sich nicht wie bei der antiken Allianz mit eiserne Ketten zusammenketteten, ihre Sicherheit und Schnelligkeit im Handeln.

Die Politik der Woche.

Und beendete nach langem, verderblichem Streit die statthalterlose, die schreckliche Zeit. Die Berufung des bisherigen preussischen Ministers des Innern von Dallwitz nach Strassburg bedeutete keine Liberalisirung, denn diesen Personenwechsel in den Reichsländern hatten die Evagien seit einem Monat von den Dächern gepfiffen. Unterdessen hatte denn auch das Ministerium, mit dem man in Elsass-Lothringen vielfach dem stramm konservativen preussischen Minister entgegenah, Zeit, sich zu legen, und die reichsländische Presse vertritt jetzt fast durchweg den vernünftigen Standpunkt, daß man die Taten des neuen Mannes abwarten müsse. Mehr kann Herr v. Dallwitz füglich nicht verlangen. Und wenn der mit allen Zeichen der kaiserlichen Guld verabilschete Fürst Wedel in seiner letzten Bitte an die Elsass-Lothringer diese erwähnt hat, der neuen Regierung vollstes Vertrauen entgegenzubringen, so wird der neue Herr hoffentlich nach Kräften das Seine tun, ein solches Vertrauen zu begünstigen.

Eine größere Überraschung als die Betrugung des Herrn v. Dallwitz nach Strahburg bedeutete die Ernennung des früheren Chefs der Reichskassei von Loebell, des einstigen Vertrauensmannes des Fürsten Bismarck, zum preussischen Minister des Innern. Es wohlwollend die Nachrufe sind, welche die konservative Presse dem scheidenden Dallwitz widmete, so zurückhaltend und zum Teil mißtrauisch spricht sie sich gegenüber dem neuen Leiter des Ministeriums des Innern aus, in dessen Ressort ja die Reform oder — Nichtreform des preussischen Dreiklassenwahlrechts fällt. Und da liegt der Hase im Pfeffer. Die Meinung war weit verbreitet, daß der vom „Kasseltreibern“ zum preussischen Minister des Innern und jetzt sogar zum Statthalter avancierte Dallwitz der entschiedenste Gegner einer Wahlrechtsänderung sei und daß durch die Betrugung des Herrn v. Loebell die Bahn für eine wenn auch bescheidene Reform geebnet werden soll. Ob sich diese Spekulation als richtig erweist, bleibt abzuwarten; in der jetzigen Landtagssession, die in der verflochtenen Woche mit der Beratung der Sekundärbahnvorlage wieder aufgenommen wurde, wird man darüber natürlich noch nichts erfahren.

Am Dienstag tritt auch der deutsche Reichstag wieder zusammen, um von dem mehr als reichhaltigen Arbeitsstoff das Allerdringlichste in der kurzen Frist, die ihm bis Rüngingen zur Verfügung steht, zu erledigen. Voraussichtlich wird der Reichskanzler bei seinem Aufenthalt in Rortu sich ganz besonderer Beweise des kaiserlichen Vertrauens zu erfreuen.

hatte, nach seiner Rückkehr das Bedürfnis empfinden, der Volkvertretung das eine oder andere über die Dinge der auswärtigen Politik zu offenbaren, die ja in den Unterredungen zwischen Kaiser und Kanzler in Korfu noch einen weit größeren Raum eingenommen haben als die Statthalterfrage und die anderen Fragen der inneren Politik. Jedenfalls kann Herr v. Bethmann-Hollweg in seiner Bilanz auf einen sehr wertvollen Aktiposten hinweisen, nämlich auf die günstigen Ergebnisse der Entrevue von Abbazia, die nicht nur einen Ausgleich der mancherlei österreichisch-italienischen Differenzen gebracht hat, sondern damit zugleich eine Stärkung des fester denn je fundamentierten Dreibunds bedeutet. Wenn die Minister Graf Verdolff und di San Giuliano in ihrem Telegramm an den deutschen Reichskanzler „die vollkommene Übereinstimmung der Ansichten der drei verbündeten Mächte feststellt“ haben, so ist das alles eher denn eine der üblichen Gratulationsphrasen.

Als Gegengewicht gegen die Ministerbegegnung in Abbazia konnte der Dreierband in dieser Woche mit dem Besuch des Königs Georg in Paris aufwarten, allein die ausschweifenden Hoffnungen, die man an der Seine wie an der Rona auf die englische Visite setzte, haben sich nicht erfüllt. Zwar hat König Georg „mit vollem Herzen unterschrieben“, was der Präsident Poincaré von den „Bänden der Einigkeit“ gesprochen hatte, aber den Schritt von der Entente zur Allianz wollen die Engländer trotz aller Sirenenstimmen nicht mitmachen. Das Kabinett Asquith will nichts Schriftliches von sich geben, und ob auch nur der Plan einer Geschäftszentrale der Tripel-Entente greifbare Form gewinnt, kann zweifelhaft sein. Jedenfalls hat es die englische Politik bisher verstanden, ihren mächtigen Einfluß auf die Ententegeossen in den Balkanfragen geltend zu machen, was auch aus der gemeinsamen Note der Mächte hervorgeht, worin die Griechen zur Räumung von Epirus aufgefordert werden. Freilich wird es sich erst zeigen müssen, ob die Albanier dann auch Manns genug sein werden, um mit der „heiligen Region“ der aufständischen Epiroten fertig zu werden.

In Mexiko hat es jetzt fast den Anschein, als ob die Kussländischen, als deren Befreier die Amerikaner sich aufspielen, zum Schluß noch lieber mit dem Uhrvater Huerta als mit den Panfrees paktieren wollen. Nach der Geldentat der Einnahme von Veracruz scheint dem Präsidenten Wilson und seinem Ratgeber Bryan die Basis mit Grundbeis zu geben, denn die Spazierfahrt der amerikanischen Flotte fängt an ungemütlich zu werden, und vor einem regelrechten Feldzug schreckt man in Washington doch zurück, um so mehr, da niemand weiß, was eigentlich bei diesem Interventionskrieg für die Union herauskommen soll. Man hält deshalb vorläufig noch an der Version fest, daß dieser Krieg kein Krieg und die Blockade eine friedliche ist. Aber auch eine friedliche Kanonenkugel kann, wie die Beschießung von Veracruz gezeigt hat, Schäden stiften, wenn sie trifft.

Der Kampf gegen die Fideikommissionen.

Die Tagung der Gesellschaft für innere Kolonisation. H. K. Berlin, 24. April.

Die Gesellschaft für innere Kolonisation hatte heute zu einer größeren Sitzung in das Abgeordnetenhaus eingeladen. Es war da eine ganz erlauchte Gesellschaft beisammen. Mehrere Behörden waren vertreten, viel Adel und etliche Gelehrte. Altmöblich sieht auch der Blindste ein, daß es in Ostelbien nicht mehr so weiter gehen kann. Der Gedanke der inneren Kolonisation hat angefangen, die öffentliche Meinung zu beherrschen. Lange genug hat es ja auch gedauert. Schon vor Jahrzehnten hätte man eigentlich damit beginnen sollen. Denn in den 70er und 80er Jahren gaben wir jährlich Hunderttausende, meist aus Klein-

bäuerlichen Kreisen, nach Amerika ab, während diese unseren Osten hätten dichter bevölkern sollen. Aber die Großgrundbesitzer wollten keinen zahlreichen Bauernstand neben sich aufkommen lassen.

Jetzt sieht man ein, daß wenigstens etwas geschehen muß. Der Vorsitzende des Vereins für innere Kolonisation, Regierungspräsident v. Schwerin, hielt eine ganz erfreuliche Einleitungsansprache. Aber im ganzen herrschte bei der Versammlung doch eine große Zaghastigkeit. Denn die Konservativen, auf die der Verein sich stützt, möchten zwar etwas tun, aber sie möchten doch die Vorherrschaft des Großgrundbesitzes nicht angetastet wissen. Sie möchten das Pferd auf die Weiden schiden, binden ihm aber vorher einen Maulkorb um.

Professor Dr. Sering sprach über das Fideikommissionsgesetz. Er legte ausführlich das Wachstum der Fideikommissionen in Preußen dar, das genugsam bekannt ist. Diese Fideikommissionen sind eigentlich eine moderne Erscheinung. Vor 1850 gab es nur ganz wenige. Man sieht eben auch hier, daß wir durchaus nicht auf allen Gebieten vorangekommen sind. Hier vollzieht sich sogar eine mittelalterliche Rückbildung. Die Frankfurter Verfassung von 1848 hatte die Fideikommissionen bereits beseitigt. Desgleichen die preussischen Verfassungen von 1848 und 1850. Erst die Reaktion von 1852 setzte sie wieder ein. Seit fast 20 Jahren arbeitet man an ihrer gefährlichen Einschränkung. Aber was jetzt in dem Gesetzesentwurf angestrebt ist, ist eine große Kurpfuscherei. Zwar hat die Kommission des Herrenhauses einiges an dem Entwurf gebessert. Der Feudaladel hat nämlich auch ein Interesse daran, nicht zu viel neues Fideikommiss aufkommen zu lassen, wenn dieses hauptsächlich von Industriellen gegründet wird, die den Ehrgeiz haben, nebenbei Landritter zu spielen. Die Kommission will deshalb, daß nur alter Grundbesitz noch die Ehre haben soll, durch Fideikommissionen befestigt zu werden.

Darauf feuerte auch Herr Sering los. Aber auch das ist ein Fehlschlag, denn auch alter vererbter Besitz hat seine Schattenseiten. Auf diese Weise bringt kein frisches Blut und kein moderner Geist in die alten Landställe. Es wird Inzucht getrieben und es kommt zur Verkümmung. Gerade alte Fideikommissionen sind meist die schlechtest bewirtschafteten Güter. Herr Sering erlaubte sich dann noch einen Verbesserungsvorschlag an dem staatlichen Entwurf vorzunehmen. Er will, daß neue Fideikommissionen statt 2500 Hektar nur noch 1500 Hektar Umfang haben sollen. Das macht aber wirklich, wie man zu sagen pflegt, den Kohl nicht fett. Der Korreferent und auch etliche Diskussionsredner gingen noch nicht einmal so weit wie Sering.

Das einzig Richtige wäre, die Neubegründung von Fideikommissionen würde verboten. Und nicht nur dies, wir haben auch ältere viel zu viel. Man beseitige einfach sämtliche Fideikommissionen! Damit ist ja längst nicht aller Großgrundbesitz aufgehoben. Auch ohne Bindung wird der Großgrundbesitz, wo er gesund ist, sich halten. Ungehunde Bindungen aber müssen beseitigt werden. Wir haben ja glücklicherweise noch verschiedene deutsche Staaten, wo Fideikommissionen ausgeschlossen sind.

Wo soll denn das Land für die innere Kolonisation herkommen? Die Befriedelung der Moore und Ödlandereien ist ganz gut. Aber nebenher muß doch Großgrundbesitz aufgeteilt werden. In Rußland sind in 4 bis 5 Jahren 10 Millionen Hektar Großgrundbesitz aufgeteilt worden. Bei uns in zwei Jahrzehnten noch nicht der 10. Teil. Es wird Zeit, daß wir im Osten Bauernhöfe schaffen. Seit 1870 haben wir in Ostelbien eine Abnahme der Landbevölkerung. Dort können noch viele Millionen unterkommen, während der Zug in die Stadt einmal gehemmt werden muß.

Der schwach bevölkerte Osten ist sogar auch im Interesse der Landesverteidigung ein schweres Übel. Die vielen russischen Arbeiter auf den dortigen Gütern sind wahrhaftig kein Segen.

Nachtragforderung glatt gewährt. Der Millionenbau der Anberstätt mit der Inschrift: „Durch den Willen des Volkes 1911—1914“ ist ein bezeichnendes Zeugnis dafür, daß die fortschreitende Demokratisierung eines Volkes nicht, wie so oft gesagt wird, den Untergang von Kunst und Wissenschaft bedeutet. Denn hier brachte ein ganzes Volk große Opfer, die nur dem Teil der Gebildeten unmittelbar zugute kommen. Trotzdem wird die mittelbare Auswirkung auf den anderen Teil nicht ausbleiben, denn schließlich kommen die Erzeugnisse der Wissenschaft wieder dem Volk in seiner Gesamtheit zugute.

Dieselbe, die Gegenstände überbrückende Macht der Wissenschaft kam auch in der glänzenden Versammlung der auswärtigen Vertreter fast aller Großstaaten des Kontinents zum Ausdruck. Im Namen der deutschen Universitäten, von denen nur zwei nicht vertreten waren, sprach der Rektor Magnificus der Universität München, Erzengel Ritter v. Mayr. Auf Deutschland entfielen, wie der Telegraph mitteilweise bekanntgegeben hat, von den 21 Ehrenpromotionen drei. Die Anerkennung der Verdienste, die in solchen Promotionen Angehöriger fremder Staaten liegt, dient dazu, ein festes Band um die Nationalitäten zu schließen, die trotz aller Verschiedenheiten in ihren äußeren Lebensbedingungen sich auf dem Gebiet der Wissenschaft immer mehr zu erpriecklichen gemeinsamen Werten zusammenschließen. Es wäre deshalb sehr zu wünschen, daß derartige Zusammenkünfte führender Männer, wie sie durch zufällige Ereignisse bisweilen herbeigeführt werden, häufiger und mit dem bestimmten Zweck der gegenseitigen Verständigung veranstaltet würden.

Der von Curiel und Moser aus Karlsruhe und St. Gallen aufgeführte Universitätsbau selbst gehört zu dem Impostantesten und Zweckmäßigsten, was die moderne Architektur geschaffen hat. Besonders zu erwähnen ist der riesige Lichtofen, der in seinen Ausmaßen den der Münchener Universität weit hinter sich läßt. Der hierdurch begründeten Gefahr, einödig oder plump zu wirken, ist durch die Färbung der Rundgänge und der Treppen geschickt begegnet worden. Dem Inneren entspricht das Äußere in einfachen und ausdrucksvollen Linien, und der massiv emporstrebende Turm steht wie ein neues Wahrzeichen über der Stadt. Dr. B. W.

Politische Übersicht.

Die Politik der Brückierung.

wurde gestern im preussischen Abgeordnetenhaus wieder einmal frisch und fromm von Seiten der Regierung betrieben. Es handelte sich um die leidige Frage der Freifahrtkarten. Fast das ganze Haus — natürlich mit Ausnahme der Konservativen, die ja nie einen Fortschritt im Sinne der Erweiterung der Rechte der Volkvertretung mitmachen — war sich seit langer Zeit einig darin, daß die freien Eisenbahnkarten für die ganze Dauer der Legislaturperiode und für den Bereich des ganzen Staates, nicht bloß wie bisher für die Reise vom und zum Wohnort gelten sollten. Die Notwendigkeit dieser Reform leuchtet ohne weiteres ein; es ist für die Abgeordneten durchaus erwünscht, auch während der Ferien in Preußen ohne große Kosten Reisen unternehmen zu können, um die Zustände an Ort und Stelle zu prüfen und sich angemessen zu informieren. Für einen Landtag, auf dem außerordentlich viel lokale und provinzielle Angelegenheiten verhandelt werden, wie dies in Preußen der Fall ist, ist die Reisefreiheit der Abgeordneten um so wünschenswerter.

Die Regierung ließ in scharfer Form die Ablehnung der Forderung des Hauses verkünden. Die Art und Weise der Regierungserklärung rief peinliche Verstimmung und Entrüstung im Hause hervor, der u. a. der fortschrittliche Abgeordnete Lippmann berechnete Ausdruck verlieh. Man geht wohl nicht fehl, wenn man in dieser Ablehnung einer berechtigten Forderung der überwiegenden Mehrheit noch einen letzten Liebesbrief des Herrn v. Dallwitz erblickt!

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Oberkammerherr von Rotenhan-Reutenhof, der lange Jahre Präsident des Landtages von Sachsen-Weimar war, ist im Alter von 83 Jahren gestorben.

* Aus Kurla. Das Kaiserpaar und das Königs-paar der Hellenen verweilten gestern nachmittag bei den Ausgrabungen bei Gariha, wo auch Hr. Armon, der amerikanische Großhändler, erschien, der auf seiner Nacht „Monana“ eingetroffen war. 26 badiische Gymnasiallehrer, welche unter der Führung des Professors von Dahn aus Heidelberg auf einer Studienreise auf Staatskosten begriffen sind, besuchten ebenfalls die Ausgrabungen, wo Professor Doempfeld einen Vortrag hielt, dem auch die Majestäten zuhörten.

* Ministervorträge beim Kronprinzen. Zur gestrigen Abendtafel beim Kronprinzenpaar im Berliner Kronprinzlichen Palais waren geladen Statthalter Dr. v. Dallwitz, Staatssekretär Dr. Deisbrück, Weill, Geh. Rat von Kröcher. Vorher hatte der Staatssekretär Dr. Deisbrück dem Kronprinzen zur Information einen kurzen Vortrag über die wirtschaftlich-politische Entwicklung Preußens und Deutschlands gehalten. In gleicher Weise wurden dem Kronprinzen vor einiger Zeit der Unterstaatssekretär Zimmermann vom Auswärtigen Amt sowie der Kriegsminister empfangen. Ersterer sprach über die Lage der auswärtigen Politik, während der Kriegsminister den Kronprinzen über allgemeine militärische Fragen orientierte.

* Die Reichstagswahl in Braunsberg-Heilsberg. Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis wurden bei der gestrigen Reichstagswahl im Wahlkreis Königsberg 6 (Braunsberg-Heilsberg) 11 800 gültige Stimmen abgegeben. Hieran erhielten Gouverneur a. D. Freiherr von Nechenberg-Berlin-Schöneberg (Zentrum) 10 835 Stimmen, Erzprieester Dingmann-Bornhöft (Zentrum) 802 Stimmen und Reichsruhr-Marchionini-Königsberg (Soz.) 227 Stimmen. Jeppelitter waren 3 Stimmen. Freiherr von Nechenberg ist somit gewählt. — Der ganz katholische Wahlkreis ist seit 1874 sicherer Besitz des Zentrums und wurde auch 1912 mit überwältigender Mehrheit gehalten. Freiherr v. Nechenberg wurde 1906 Gouverneur von Deutsch-Ostafrika und trat 1912 zurück.

Aus Kunst und Leben.

* Aus den Frankfurter Theatern. In der Oper hat sich dieser Tage der erfolgreiche Wiener Operettenkomponist Franz Lehár, Vater der „Lustigen Witze“ und anderer einschlägiger Lustschlager ohne dramatischen Ehrgeiz dem Publikum persönlich vorgestellt. Er dirigierte sein neuestes Opus „Endlich allein“, mit welchem er, wie in dem Begleitfächchen des Programms angegeben war, Anspruch auf den Titel eines neuen musikalischen Operetten-Pioniers erhebt. Und wirklich, Herr Lehár, der diesmal seinen Talentsfluß der Genossenschaft deutscher Bühnengehörigen zuliebe schwang, vermochte sich im Lauf des Abends für diese Präzention zu rechtfertigen. Es gab in dem Stückchen, das mit dem üblichen Arsenal von reichen Amerikanerinnen, flotten Kavaliere, blöden Geldprohen, Kammerjungen und dergleichen operiert, einige originelle und amüsante Klänge, und die Damen Genter-Fischer, Doninger, Wellig-Bertram, die Herren Biel, Schramm, Haub und Gareis hielten aus ihren Rollen allerdings niedliche oder drohliche Effekte heraus. — Im Schauspielhaus fand unter der Regie des „Vereins Frankfurter Kammerspiele“ die zweite Premiere dieser Saison in Gestalt des Märchenstücks „Androlus und der Löwe“ von Bernard Shaw eine interessante Wiedergabe. Das Publikum schien aus lauter Neugier vor Autor und Vorstellung gar nicht zu merken, wie der englische Spötter in geradezu hanebüchener Weise das Christentum ironisiert, wie er die Märtyrer und Märtyrinnen zu rauhbeinigen, unerfreulichen Gestalten umprägt. Freilich hat die zum Teil brillante Darstellung das Ihre dazu getan, um die Bedenkenheiten des Stücks zu verwischen. Herr Kallenberg als Androlus war überzeugend, der Löwe Gelsbacher vereinte die Naturlaute seiner Tiergestalt erfolgreich mit der Menschlichkeit seiner Rolle, jeder Zoll ein Wüstenkönig, die Herren Springer, Dänborg und Janssen taten, Herr Sched als Kaiser war etwas zu grotesk, Herr Dollmann als Spintho interessierte, Präulein Hartmann fand sich ganz in den Geist ihrer Regenerrolle, und nur Präulein Rothmann, wozu ihr kein Vorwurf gemacht werden darf, schien die sophistisch-philosophierende Christin nicht zu liegen.

Festtage in Zürich.

Zürich, 23. April.

Heute ist mit dem Beginn der Vorlesungen der Ernst der schaffenden Arbeit in die Räume der neuen Züricher Universität eingezogen, die in den vergangenen Tagen von jubelnden Klängen und Festestreiben widerhallten. Das ganze Züricher Volk jubelte mit und brachte seine Freude in dem allhergebrachten Frühlingfest des Sechsfelbens zum begeisterten Ausdruck. Eine Feier folgte der anderen, und unter dem strahlenden Himmel des Frühlings inmitten der fahnenbesetzten Stadt und der blütenleuchtenden Landschaft nahm jung und alt freudigen Anteil. Dem Empfang der Festgäste und dem Fackelzug der Studenten folgte am Samstag der feierliche Weiheakt in der Universität, ein großer Bankett, ein Kommerz, am Sonntag ein Festgottesdienst im Frauenmünster, eine Seefahrt, eine Festvorstellung und am Montag als Abschluß das Sechsfelben mit einem großen, von den Bänken und der Studentenschaft veranstalteten historischen Zug. Die ganze Geschichte der Wissenschaft von den alten Ägyptern über Griechen, Römer, Mittelalter bis zur neuen Zeit zog in blendenden Farben vorüber. Von 1 bis 6 Uhr wallte der Zug durch die Straßen der Stadt bis zum großen Platz an der Altbühl, wo über einem mächtigen Gausen von Tannenzweigen hoch oben an langer Stange der Hock hängt, ein Schneemann mit Zylinderhut und mit einem Reier bewehrt. Punkt 6 Uhr beginnen alle Kloden zu läuten, eine fremde Fackel fliegt in den Holstich, und züngelnd schlagen die Flammen empor, freffen sich am Holz hinauf, bis unter lautem Getöse die mit Raketen und Böllern besetzte Puppe in die Luft fliegt. Ein gutes Vorzeichen für das kommende Jahr!

So feiert das Züricher Volk alle Jahre sein Frühlingfest, und in diesem Jahr hat es noch ganz besondere Veranlassung dazu, denn heuer krönt es ein Werk, für das es im Jahre 1908 den Grund legte und auch später im Jahre 1911 eine gewaltige

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Kirchlich-sozialer Kongreß.

In weiterer Erledigung des Arbeitsprogramms verhandelte nachmittags die dritte Kommission auf Grund eines Referats des Geschäftsführers des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbands, Julius Schellin (Frankfurt), über die Sonntagsruhe. Den Standpunkt, welchen der Referent in der Sache einnimmt, haben wir bereits bei Gelegenheit eines anderen Kongresses kennen gelernt. In dem Gespräch über die Sonntagsruhe haben alle sozial gestimmten Bevölkerungskreise eine Enttäuschung erlebt. Es liegt die Notwendigkeit vor für eine völlige Sonntagsruhe, dieselbe ist auch durchführbar im Kleinhandel, zumal die Landbedürfnisse nicht den Sonntag zu ihren Einläufen nötig haben. Die Durchführbarkeit der Sonntagsruhe in den Großhandelsbetrieben sei auch im Reichstag nicht bestritten worden. Profuturisten-Ausnahmen erschienen unberechtigt. Auch für die Jugendpflege erweise sich die Sonntagsruhe als eine Notwendigkeit. In derselben Kommissionssitzung berichtete Sekretär Hartwig (Wiesfeld) über „Die evangelisch-soziale Schule“. Die siebente Kommission tagte im unmittelbaren Anschluß an diese Beratungen. Die Grundlage ihrer Verhandlungen war ein Bericht der Frau Strahmeyer (Eberfeld) über „Weibliche Vormundschaft“. Fräulein v. Knebel (Döberitz-Berlin), die Vorsitzende des Verbands kirchlich-sozialer Frauengruppen, eröffnete und leitete die Verhandlungen. Der Verband ist vor etwa 10 Jahren gegründet. Endlich tagte noch die sechste Kommission, um ein Referat des Professors Berthels (Wiesfeld) über „Hochschulen und christlich-deutsches Volkstum“ entgegenzunehmen. Den Schluß des Kongresses bildete eine öffentliche Evangelisationsversammlung im großen Festsaal der „Turngesellschaft“ mit einem Referat von Dr. Phillips (Berlin) über „Der öffentliche Kampf um die Volkseseele“ und einem Schlußwort von Geheimrat Professor Dr. Seeburg.

— Hohes Alter. Ihren 90. Geburtstag begeht am Sonntag, den 26. d. M., in voller geistiger und körperlicher Frische die Witwe des Theologieprofessors Bauer aus Gernsbach. Die Dame, welche man noch dann und wann an schönen Sommerlagen in ihrem Garten sich beschäftigen sieht, ist eine geborene v. S. d. eine Schwester des vor etwa 30 Jahren dahier verstorbenen Geheimen Justizrats Viktor v. S. d. und sie kann an dem Tage, an dem sie in ihr 91. Lebensjahr eintritt, zugleich das 50jährige Jubiläum ihrer Anwesenheit in Wiesbaden sowie ihres Wohnens in demselben Hause an der Kapellenstraße feiern. — Gestern, am 23. April, vollendete ihren 90. Geburtstag Frau Oberlehrer Dillmann, Kaiser-Friedrich-Ring 2. Sie ist die Witwe des ehemaligen Lehrers an der städtischen höheren Bürgerschule und beeidigten Interpreten Anton Dillmann und erfreut sich ebenfalls noch vollständiger Frische des Körpers und des Geistes.

— Allgemeiner evangelisch-protestantischer Missionsverein. Der „Allgemeine evangelisch-protestantische Missionsverein“ hat am 1. Juni d. J. Pfarrer Emil Knodt zu Lütich (Rheingau) zum zweiten Missionsinspektor berufen. Er hält seine Jahresversammlung vom 21. bis 23. Oktober d. J. in Jena ab. Eine junge Chinesin, welche die höhere Lehrerschule des Vereins in Tsingtau (China) absolvierte, hat zur weiteren Ausbildung nach Deutschland geholt; sie wird später an der Schule in Tsingtau als Lehrerin tätig sein. Die Ausbildung der Chinesin kostet jährlich 450 M. Der älteste Sohn eines sehr verdienstvollen verstorbenen japanischen Pastors des „Allgemeinen evangelisch-protestantischen Missionsvereins“, Kasinami, wird auf Kosten des Vereins in Japan zum Pastor ausgebildet. Der junge Mann tritt jetzt in die theologische Schule ein. Hierzu bedarf der Verein jährlich 600 M. (Gaben für alle diese Zwecke des Vereins nimmt Stadtschulrat a. D. Müller in Wiesbaden entgegen.) Zwei neue Missionare des „Allgemeinen evangelisch-protestantischen Missionsvereins“, Pfarrer Hunzinger und Pfarrer Oberlehrer Dr. Hohner, haben unlängst die Ausreise nach Japan resp. Tsingtau (China) zu Schiff angetreten. Der Missionsinspektor D. Emil Schiller in Kioto (Japan), der ein Jahr auf Urlaub in Deutschland gewest hat, tritt am 30. April aufs neue die Ausreise nach Japan an, um dort weitere acht Jahre im Dienst des Missionsvereins zu wirken.

— Verein für Sommerpflege armer Kinder. Am 16. April ist das Wiesbadener Ferienheim bei Oberseebach für den diesjährigen Betrieb eröffnet worden. 50 Knaben genießen die schönen Frühlingstage dort. Es waren vor allem solche Kinder ausgewählt, die nach schweren Erkrankungen während des Winters der Erholung besonders bedürftig sind, und von denen zu hoffen ist, daß sie durch dieses frühzeitige Eingreifen Kraft und Gesundheit wieder erlangen. Andere Kinder mit chronischen Leiden, wie Skrofule, Rachitis und dergleichen, werden während der Sommermonate nach den Solbädern Ort und Kreuznach gesandt. Im Ferienheim wird die nächste Reihe Mitte Mai bis Mitte Juni aus 30 Mädchen bestehen. Den meisten dieser bedürftigen Schulkinder fehlt es aber an der nötigen Ausrüstung für eine vierwöchige Kurzeit. Der Verein besitzt einen kleinen Bestand von Kleidungsstücken, die er im Notfall ausleiht. Dieser Bestand hat sich nun sehr bedenklich verringert und bedarf dringend der Ergänzung. Die Frühjahrszeit gibt gewiß in manchem Haushalt die Gelegenheit, Kinderkleider, Mäntel, Stiefel usw., denen die Kinder entwachsen sind, auszusondern. Die für die 600 Pflegslinge des „Vereins für Sommerpflege armer Kinder“, Steingasse 9, eingerichtete Sammelstelle wäre außerordentlich dankbar für Zuweisung solcher noch gut erhaltener Gegenstände. Auf Benachrichtigung an den Hausmeister (Steingasse 9) können die Gaben abgeholt werden.

— Der „Verein für Kunst und Wohlfahrtsvereine“ hielt am Dienstagmittag 5 Uhr im Rathaus seine Mitgliederversammlung ab. An Stelle der ersten Vorsitzenden eröffnete Fräulein Bloem die Versammlung und gab in einer kleinen Ansprache von kennzeichnenden Fällen ein Bild von der Tätigkeit der Abteilung für Wohlfahrtsvereine im verfloßenen Jahr. So wurden dem „Verein für Sommerpflege“ 5 Kinder überwiesen, Weihnachten wurden 18 Familien besucht, einem bedürftigen Kranken Arbeiter wurde wiederholt die Rente bezahlt, einer armen Frau wurde die ihr ausliegende Geldstrafe beglichen, um sie vor Haft zu bewahren, einer Frau wurden durch Vermittlung des Vereins die Bedingungen zur Abschlagszahlung einer Räumungsmasse erleichtert usw. Auch zahlreiche Bitten um Auskunft, z. B. vom Verband gemeinnütziger Rechtsanwaltsstellen in Lübeck, vom statistischen Amt in Wiesbaden, von der Zentralstelle für private Fürsorge in Frankfurt, von der Berliner

* Dr. Kopp Nachlaß nur eine Million. Der Testamentsvollstrecker des Kardinalbischofs Dr. Kopp erklärt im Wesentlichen zu Recht, daß Kopp 7 Millionen Mark Ersparnisse hinterlassen habe, daß sein Nachlaß nicht einmal eine Million betrage, die für allgemeine und gute Zwecke bestimmt sind. Der Familie hat er nur wenig hinterlassen.

* Das Gnadenbrotjahr der altpensionierten Volksschullehrer. Mit Genehmigung des Unterrichtsministers ist den Regierungshauptstellen und Kreisstellen die Entschädigung erteilt worden, daß das Gnadenbrotjahr der altpensionierten Volksschullehrer auch bei laufender Unterstützung zu gewähren ist.

* Gefährdung der bayerischen Steuervorlage. Die neue Steuervorlage der bayerischen Regierung hat jetzt, da bekannt ist, daß die Einnahmen aus den Staatsabgaben ca. 3 Millionen mehr betragen, als in den Etat eingebracht worden waren, noch weniger Aussicht auf Annahme als bisher. In der Zentrumsdrucke wird — wohl nicht ohne parlamentarischen Auftrag — über die Geheimniskammer der Regierung, die nur 5 bis 600 000 M. Mehreinnahmen aus den Staatsabgaben zugibt, gespottet und zugleich eine vereinfachte Beratung, d. h. Ablesung und der Steuervorlage in Aussicht gestellt.

* Eine Preisnotierungskommission für die Fleischpreise in Koblenz. Auf ministerielle Anordnung hat die Stadt Koblenz eine besondere Preisnotierungskommission zur Ermittlung und Festsetzung der Fleischpreise im Kleinhandel gebildet. Die Kommission, die allmonatlich einmal zusammentritt, ist in der Weise zusammengesetzt, daß die Interessen der Produzenten, der Händler und der Konsumenten gleichmäßig vertreten sind. Die Ermittlungen und Feststellungen der Kommission werden veröffentlicht.

— Zu der Verschimpfung eines Hauptmanns vom vierten bayerischen Infanterie-Regiment in Reg. durch Kinder in Gorge geht uns jetzt aus Kreisen des Regiments folgende Darstellung zu, deren Richtigkeit verbürgt wird. Danach hatte Hauptmann Schubert, der betreffende Offizier, in Jäh einen Spaziergang mit seiner Frau in Gorge unternommen. Die Knaben hatten sich auf der Straße herumgedrückt und sich dem Hauptmann gegenüber nicht gerade sehr gut benommen, als er ihnen das Treiben bemerkte. Die Ungezogenheiten der Knaben habe er jedoch nur als Offizier und nicht als Mann gesehen und nicht als Ausdruck einer militärischen Stimmung. Das 4. bayerische Regiment stehe im Gegensatz mit der Bevölkerung von Reg. Land auf sehr gutem Fuße.

* Keine Hundertjahrfeier der Provinz Sachsen. Angesichts des Widerspruchs, dem der Plan einer Hundertjahrfeier der Zugehörigkeit der Provinz Sachsen zu Preußen im Königreich Sachsen begegnet, geben die interessierten Kreise im Einverständnis mit der Regierung die Veranstaltung auf. Nur die landwirtschaftliche Provinzialausstellung der Landwirtschaftskammer in Halle und die Enthüllung eines Denkmals für König Friedrich Wilhelm III. in Merseburg bleiben bestehen.

* Beilegung des Streits bei einer Jenaer Betriebskrankenkasse. Vor dem Versicherungsamt wurde gestern nachmittags eine Einigung zwischen der Betriebskrankenkasse der Firma Reich und den Ärzten erzielt. Die Ärzte nehmen heute ihre Tätigkeit bei der Kasse wieder auf.

* Der Fall Berliner. Nach der „N.-Westf. Ztg.“ findet nun endlich die Bestimmung am 30. April in Bern die Verhandlung gegen den Rufführer Berliner statt.

* Ein neuer Übergriff russischer Grenzsolbaten hat jetzt zu einer Anzeige bei den preussischen Behörden geführt. Ein junger Mann aus Laurahütte ging an der Grenze bei Siemianowicz spazieren. Jenseits der Grenze stand ein russischer Soldat, dem er über den Grenzgraben eine Zigarette auswarf. Als der Soldat nun auch um Feuer bat, trat der Deutsche in den trockenen Grenzgraben und reichte dem Russen sein Feuerzeug. Dieser packte zum Dank den freundlichen Spender, zog ihn auf russisches Gebiet hinüber und alarmierte durch einen Schuß die Grenzpatrouille, die den jungen Mann festnahm. Als ein Augenzeuge des Vorfalles, ein Wächter eines in der Nähe gelegenen Pades, sich hierüber empörte, legte ein Soldat sein Gewehr auf ihn an, so daß der Bedrohte fliehen mußte. Bei der preussischen Grenzbehörde wurde von einigen anderen Personen, die gleichfalls auf preussischem Gebiet den Vorgang beobachtet hatten, Anzeige erstattet.

Rechtspflege und Verwaltung.

— M. Justiz-Verordnungen. Die bei dem Amtsgericht in Dannenberg und bei dem Landgericht in Lüneburg a. R. erledigten Richterstellen werden einweilen nicht wieder besetzt.

— Aus der Prüfungskommission für höhere Verwaltungsbeamte. Der König hat an Stelle des Wirklichen Geheimen Rats Hofh den Unteramtssekretär im Ministerium des Innern Dr. Dreus zum 1. April 1914 als zum Präsidenten der Prüfungskommission für höhere Verwaltungsbeamte ernannt.

— Einseitige Regelung des polizeilichen Erkennungsdienstes. Zwischen den Bundesstaaten schweben Verhandlungen, die eine einseitige Regelung des polizeilichen Erkennungsdienstes zur Folge haben. Es ist der „Nat.-Ztg.“ zufolge der Plan vorgelegt, ein Reichsgesetzamt für Daktyloskopie mit dem Sitz in Berlin zu schaffen.

Parlamentarisches.

Der Verleumdung über Dienstvergehen der Krankenkassenbeamten. Bei der Beratung des Entwurfs über Dienstvergehen der Krankenkassenbeamten in der Handels- und Gewerbekommission des Abgeordnetenhauses leitete in der Besprechung der Artikel für Unterbeamte ein Regierungskommissar mit, daß bald eine Revision des Disziplinargesetzes vom 21. Juli 1882 erfolgen werde. Dann wurde die Frage, ob man die Artikelstrafe ganz beibehalten oder für gewisse Beamtenkategorien, etwa solche mit militärischer Organisation, beibehalten solle, aufgerollt und entschieden werden.

Der Finanzaußschuß der bayerischen Abgeordnetenkammer hat die Regierungsvorlage, betreffend die Erneuerung der neuen Finanzhof, einstimmig angenommen. Kultusminister von Knilling teilte mit, daß die Angliederung der tierärztlichen Hochschule an die Universität München als eigene veterinärmedizinische Fakultät vom 1. Oktober 1914 ab in Aussicht genommen ist.

Heer und Flotte.

Kavallerieübungsreise. Vom 20. d. M. bis einschließlich 2. Mai d. J. findet die diesjährige erste Kavallerieübungsreise statt.

Ein Offiziersflug Straßburg-Königsberg. Johannis-Tag 24. April. Heute vormittag sind hier um 11.19 Uhr die Offiziersflieger Leutnant Carcano, als Führer, und Hauptmann Kerstiel, als Beobachter, auf einem Aufw.

sehrdoppeldecker nach sechsstündigem Fluge gelandet. Die Flieger, die heute morgen in Straßburg i. E. aufgestiegen waren, sind, nachdem sie die Benzin- und Ölreserven ergänzt hatten, um 12.30 Uhr in der Richtung Königsberg i. Pr. wieder aufgestiegen.

Schiffsbewegungen. Eingetroffen: S. M. S. „Breslau“ am 23. April in Brindisi, S. M. S. „Kriegsmann“ am 24. April in Canton, die „Schiffe des 1. Geschwaders“ und die „Großen Kreuzer“ am 22. April von Kiel, S. M. S. „Graf“ am 23. April von Helgoland.

Deutsche Schutzgebiete.

Die Flugzeuge für Deutsch-Südwest. Am 12. April d. J. sind ein Abtats-Doppeldecker der Abtats-Werke in Mülhausen und am 20. April ein Roland-Stahl-Doppeldecker der Luftfahrzeug-Gesellschaft nach Keetmanshoop abgesandt worden, wo er unter Führung des Leutnants d. R. Fiedler seine Probeflüge machen soll. Der Abtats-Doppeldecker wird in Karibib untergebracht, wo ihn Trüff steuern soll. Die Leitung der Flugmanöver in den Kolonien liegt in den Händen des Kommandos der Schutztruppen, dem als technischer Berater der bekannte Döberitzer Fliegeroffizier Leutnant v. Scheele beigegeben ist.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Eine bemerkenswerte Stellungnahme des Polenklubs gegen die Regierung. Wien, 24. April. Die parlamentarische Kommission des Polenklubs hat heute einen schweren Schlag gegen die Regierung geführt. Die Kommission erklärt, daß die Befürchtung am Wohle des Reiches und nationale und politische Traditionen des Polenklubs ihm gebieten, mit größtem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß das staatliche Leben in Österreich den verfassungsmäßigen Boden nicht verläßt. Durch die zu weitgehende Anwendung des § 14 wird für die Zukunft ein gefährliches Präjudiz geschaffen werden, das geradezu zu einer Außerkräftigung der Verfassung führen könnte. Der Polenklub erblickt in der freien verfassungsmäßigen Entwicklung die sicherste Garantie für die Konsolidierung der innerpolitischen Zustände und dadurch auch für die Festigung des Ansehens der Monarchie nach außen. Die „N. Fr. Pr.“ bemerkt hierzu, daß, nachdem auch im Deutschen Nationalverband die Opposition gegen die Regierung stärker hervortritt, der letzteren wahrscheinlich nichts anderes übrig bleiben, als aus dieser veränderten Sachlage die Konsequenzen zu ziehen.

Frankreich.

Die erste Sitzung der vorbereitenden Kommission zur Haager Friedenskonferenz. Paris, 24. April. Im Ministerium des Äußeren hielt die aus Vertretern der einzelnen Ministerien bestehende Kommission, welche das Arbeitsprogramm der dritten Haager Friedenskonferenz vorbereiten soll, unter dem Vorsitz von Leon Bourgeois, Mitglied des Ständigen Haager Schiedsgerichtshofes, ihre erste Sitzung ab.

Die „geflohtenen“ Torpedoboote. Paris, 24. April. Man hat festgestellt, daß das Torpedoboot „174“, das als Zielschiffe benutzt war, sich noch an der Stelle befindet, an der es vor einiger Zeit gesunken ist. Das andere Torpedoboot „Siagne“ soll die Ankerketten gebrochen haben und von einem ausländischen Schiff ins Schlepptau genommen und nach Italien verbracht worden sein.

Giolitti in Paris. Paris, 24. April. Der frühere italienische Ministerpräsident Giolitti ist hier eingetroffen.

Rußland.

Ein Besuch des Zaren in Schweden. Petersburg, 24. April. Der Besuch des Zaren am schwedischen Hofe erfolgt, wie hier verlautet, unmittelbar nach der Reise der Zarenfamilie in die Schären.

Balkanstaaten.

Die Note der Mächte. A. J. A. Athen, 25. April. Da der Minister des Äußeren, Streit, unapfänglich ist, begaben sich die Vertreter der Großmächte zum Kriegsminister und Ministerpräsidenten Benizelos und überreichten nacheinander die Antwort der Mächte. Die Mächte würdigten darin den Wert der Versicherungen Griechenlands in der Note vom 21. Februar. Die griechischen Wünsche seien der Gegenstand wohlwollender Prüfung seitens der sechs Mächte gewesen. In der Note heißt es weiter: Schon von der albanischen Kontrollkommission war festgestellt worden, daß der albanischen Bevölkerung völlige Gleichheit zugesichert werden sollte hinsichtlich ihrer Religion, Sprache und verschiedenen Rechte. Die Mächte sind bereit, ihren ganzen Einfluß auszuüben, damit der durch die Kontrollkommission aufgestellte Grundsatz tatsächlich durchgeführt wird. Die Mächte sind geneigt, Albanien zu empfehlen, den griechischen Vorschlag in Erwägung zu ziehen, der die Einstellung lokaler Elemente in die süd-albanische Gendarmerie betrifft. Die Mächte sind geneigt, ihren ganzen Einfluß bei der Türkei auszuüben, damit die griechische Bevölkerung von Imbros, Tenedos und Castelloriza wirksame Garantien erhält, die zum Schutze ihrer Interessen und ihrer Schulen notwendig sind. Was den Grundsatz der Neutralität des Kanals von Korfu betrifft, so erklären die Mächte, daß sie bereit sind, an einem internationalen Abereinnehmen teilzunehmen. Die Mächte sehen kein Hindernis darin, daß der Plan einer Verdrückung der griechisch-albanischen Grenze in der Gegend von Argirokastro wirksam werde. Dagegen halten sie die Linie für die Grenze bei Castelloriza aufrecht, ohne jedoch, bis die endgültige Festsetzung der Grenze erfolgt, einer Überprüfung Widerstand entgegenzusetzen, wofür die Wünsche Griechenlands sich mit der gegebenen Grenzlinie vereinbaren lassen. Bezüglich der ägäischen Inseln, die Griechenland zugesprochen worden sind, werden die Mächte ihren freundschaftlichen Einfluß auf die Türkei dahin ausüben, daß Griechenland im Besitz dieser Inseln nicht gestört wird und daß die gemeinsame Entscheidung Europas von der Türkei beachtet wird. Die Vertreter der Mächte empfehlen hierauf Griechenland mündlich die Nennung von Kordepirus. Ministerpräsident Benizelos antwortete, er werde hierüber sofort entsprechende Befehle erteilen.

Vereinigte Staaten.

Die Streikämpfe in Colorado. New York, 25. April. Die Streikämpfe in Colorado dauern an. Gestern kam es zwischen Streikenden und Miliztruppen wieder zu einem stundenlangen Feuergefecht, bei dem es zahlreiche Tote und Verwundete gab.

Erstschunde der Redaktion: 12 bis 1 Uhr; in der politischen Abteilung
von 10 bis 11 Uhr.

Das Einschreiten der Union in Mexiko.

Die militärischen Maßnahmen der Union.

Washington, 25. April. Streitkräfte in Höhe von 3500 Mann sind von Galveston unter dem Befehl des Generals Junston nach Veracruz zur Verstärkung des dortigen Okkupationskorps abgegangen. In den übrigen Garnisonen der Vereinigten Staaten herrscht fieberhafte Tätigkeit. Weitere 40 000 Mann sind südwärts geschickt worden, um sich in die Hafenstädte zu begeben, von wo aus sie nach Mexiko dirigiert werden sollen oder um die Garnisonen an der Grenze zu verstärken. — Marineminister Daniels hat angeordnet, daß ein fliegendes Geschwader, dessen Flaggschiff der Zerstörer „New York“, der kürzlich in Dienst gestellt wurde, sein soll, gebildet wird. Es soll besonders den Dienst in den Häfen der mexikanischen Küste ausüben und zum Transport der nach Veracruz zu sendenden Truppen dienen. Vor allem soll zur Aufklärung Kavallerie nach Veracruz geschickt werden. Sechs Regimenter sind zunächst für den Aufklärungsdienst ausersehen. — Admiral Fletcher meldet, daß der mexikanische Oberkommandierende, General Nacah, sich mit 5000 Mann etwa 43 Kilometer von Veracruz in verschanzter Stellung befindet.

Einschreibung der Miliz.

Washington, 24. April. Der Senat hat die Freiwilligenvorlage, welche die Regierung ermächtigt, die Miliz einzuschreiben, angenommen.

Sanitäre Maßnahmen der Amerikaner in Veracruz.

Washington, 24. April. Marineärzte haben die Stadt Veracruz in gewisse Bezirke eingeteilt und überwachen die von ihnen getroffenen sanitären Maßnahmen.

Das Vordringen der Amerikaner.

Veracruz, 24. April. Die amerikanischen Vorposten sind weiter südlich vorgezogen und haben die Wasserstation besetzt. Es kehren normale Verhältnisse wieder. Eine Anzahl Wirtschaften und Läden hat wieder geöffnet. Die amerikanischen Schiffskapitane spielen gestern in verschiedenen Stadtteilen.

Weitere Opfer der Beschießung.

Paris, 24. April. Nach einer Meldung des hiesigen „New York Herald“ fanden die Amerikaner in den Trümmern der Kasernen und der Marineschule, die von den amerikanischen Kriegsschiffen beschossen worden waren, die Leichen von 64 mexikanischen Soldaten. Die bisher festgestellte Gesamtzahl der bei dem Bombardement auf Veracruz gefallenen Mexikaner beträgt 182.

Die beiderseitigen Verluste.

Galveston, 25. April. In den Kämpfen der letzten Tage haben die Amerikaner, wie offiziell angegeben wird, einen Verlust von 17 Toten und 30 Verwundeten zu verzeichnen, von denen 2 mit dem Tode ringen. Der Verlust der Mexikaner beträgt nach zuverlässigen Schätzungen 150 Tote und 300 Verwundete.

Beschreibung Laredos.

New York, 24. April. Die mexikanischen Bundesstruppen feuerten auf den Ort Laredo (Texas), den sie teilweise zerstört.

Verfolgung der Amerikaner in Mexiko.

Veracruz, 24. April. Als der hier eingetroffene Zug mit den Flüchtlingen Mexiko verließ, schloßte dort die Volksmenge die Fahne der United States durch die Straßen und belohnte die Amerikaner. — Aus Tuxpan sind amerikanische Flüchtlinge eingetroffen, deren Berichten zufolge es in der Stadt zu erregten Szenen gekommen ist. Eine ganze Reihe Baulichkeiten wurde von der Volksmenge zerstört. Unter diesen befindet sich auch das Haus des amerikanischen Konsuls sowie amerikanische Hotels. Es ist für die Amerikaner direkt gefährlich, sich auf der Straße sehen zu lassen, da das Volk schwere Verwünschungen gegen sie ausstößt und alles Amerikanische beschimpft.

San Diego (Kalifornien), 24. April. Der amerikanische Konsul in Ensenada telegraphierte, daß mexikanische Bundesstruppen und der Pöbel die Amerikaner angegriffen haben. Daraufhin ist das Küstenschiff „Cheenne“ von San Diego dorthin entsandt worden.

Mexiko, 24. April. Ein amerikanischer Juwelierladen ist gestern um Mitternacht vom Raub geplündert worden, wobei die Polizei zufall, ohne einzuschreiten. Europäer und Amerikaner haben sich vorbereitet, im Augenblick der Gefahr sich unverzüglich an Versammlungsorten zusammenzufinden, die zur Verteidigung eingerichtet worden sind. Alle Bahnbeamten in Mexiko, die Amerikaner sind, sind auf Befehl der Regierung entlassen worden. Es verkehren keine Züge mehr außer solchen, die von der Regierung überwacht werden.

Flüchtlinge.

Veracruz, 24. April. In der vergangenen Nacht ist hier ein Zug mit Flüchtlingen eingetroffen, in welchem sich der britische Geschäftsträger und andere Passagiere, meist Frauen und Kinder, befanden. Es sind Anordnungen erlassen worden, nach denen die Bürger nach 7 1/2 Uhr abends in ihren Wohnungen bleiben sollen. Die Rache ist ruhig. Die Gesamtzahl der Gefangenen beläuft sich auf 300; viele sind bereits wieder freigelassen worden.

Carranza neutral?

Washington, 24. April. Nach einer Konferenz mit dem Staatssekretär Bryan rieten die Vertreter und Anhänger Carranzas diesem telegraphisch, sich gegenüber Amerika neutral zu verhalten.

Douglas (Arizona), 24. April. Das Vertrauen zu der Fähigkeit des Präsidenten Wilson und Carranzas, die Situation zu retten, geht daraus hervor, daß die Mining Company 3000 Arbeiter eingestellt hat und die Hochöfen anblasen ließ, die mehrere Wochen wegen Reparaturarbeiten geschlossen waren. Die Lage wird erheblich gebessert durch die strengen Maßnahmen Carranzas gegen die Mexikaner, die sich mit Amerikanern in Handel einlassen. Jeder Mexikaner, der in leichtfertiger Weise einen Angriff hervorruft, wird mit der Todesstrafe bedroht.

Carranza von Villa verhaftet?

New York, 24. April. Nach einer Meldung aus Albuquerque in Neumexiko haben die dortigen Eisenbahnangestellten die Nachricht erhalten, daß General Villa General Carranza verhaftet und gefangen genommen hat.

Monterey in den Händen der mexikanischen Aufständischen.

Brownsville (Texas), 25. April. Von dem Hauptquartier der Aufständischen in Matamoros wird gemeldet, daß die Aufständischen Monterey nach einem fünftägigen Gefecht genommen haben.

Wichtige Beratungen in Monterey.

New York, 25. April. Hierher gelangten Depeschen zufolge haben in Monterey im südlichen Mexiko bedeutende Beratungen zwischen den Führern der beiden dort einander gegenüberstehenden mexikanischen Armeen stattgefunden. Die Feindseligkeiten zwischen den Aufständischen und den Bundesstruppen Huertias sind auf der ganzen Linie eingestellt und die beiderseitigen Generale arbeiten einen Aktionsplan für ein gemeinsames Vorgehen gegen die Vereinigten Staaten aus.

Frau O'Shaughnessy bei der Hochzeit eines Sohnes Huertias!

Paris, 25. April. Merkwürdig muß es berühren, daß die Gattin des amerikanischen Geschäftsträgers O'Shaughnessy ihre Abreise nach verschoben hat, um an der Hochzeit des Sohnes Huertias, des Majors Viktor Huertia, teilzunehmen, die gestern stattfand. Das ganze diplomatische Korps war bei den Feierlichkeiten zugegen.

Sicherung der Funkentelegraphie.

Washington, 24. April. Nach einer funktentelegraphischen Meldung aus Tampico sind dort der britische Kreuzer „Zancker“ und der französische Kreuzer „Combe“ eingetroffen. Vor Tampico selbst ist alles ruhig. Einer der Kommandanten der internationalen Flotte, Admiral Cradock, hat im Einverständnis mit den übrigen Geschwaderkommandanten die 24 Stunden des Tages in gewisse Zonen eingeteilt, um eine ungehörte Benutzung der Funkentelegraphie zu vermeiden. Die Telegraphen der amerikanischen Kriegsschiffe haben 8 Stunden des Tages für die Übermittlung der offiziellen Telegramme, während die übrigen 18 Stunden für die Korrespondenten der verschiedenen Blätter freigehalten werden.

Die unwillkommene Intervention Englands.

Washington, 25. April. Staatssekretär Bryan hat die in englischen Blättern erscheinende Information von einer bevorstehenden Intervention zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko bestritten. Der Staatssekretär weigerte sich zwar, irgendwelche offizielle Erklärungen darüber abzugeben, ließ jedoch durchblicken, daß der Versuch Englands vollständig zwecklos und aussichtslos sei und daß es vernünftiger wäre, wenn der englische Gesandtschaftssekretär in Mexiko, Dooley, nicht erst nach Veracruz ginge, sondern sofort zurückkehren würde. Der englische Botschafter in Washington versuchte, die Intervention Englands zu dementieren, jedoch brachten sie die Erklärungen Bryans zutage. Die britischen Konsule in Laredo, Matamoros, Frontera und Ensenada sind mit der Aufgabe betraut worden, Leben und Eigentum der fremden Staatsangehörigen und der Amerikaner in den betreffenden Distrikten zu schützen.

Gerichtssaal.

Su Toz gebozt. Der Gelegenheitsarbeiter Ferdinand Schäfer aus Frankfurt, ein Mann, welcher mehrfach bereits wegen Körperverletzung Verurteilungen erhalten hat, befand sich am 20. März als Angeklagter eines Schauffeldbetrügers in Cronberg. Am Abend dieses Tages machte er in Begleitung verschiedener Bekannten eine Bierreise. Zunächst lehrte man in der Haas'schen Wirtschaft ein, dann kam man in bereits ziemlich vorgeschrittener Stunde in den „Schützenhof“. Man trank dort, am Büttel stehend, mehrere Runden. Zwischen den übrigen im Lokal anwesenden Gästen kam es dabei zu einem Streit, welcher die Veranlassung bot, einen Mann aus Cronberg namens Schrödt an die Luft zu setzen. Ein Namensvetter von Schäfer, der Schuhmacher Nikolaus Schäfer, ergriff dabei die Partei dieses Mannes. Er holte ihn von der Straße wieder herein und prügelte ihn drinnen mit den Worten: „Den möchte ich sehen, der sich noch einmal an ihm vergreift!“ Deshalb geriet nun die beiden Schäfer aneinander. Ferdinand Schäfer hatte sich zeitweilig früher auf Jahrmärkten als Preisrichter und -Vogel produziert. Als der andere ihm verschiedene Zutrümpfe beisteckte, ergriff er ihn mit der linken Hand an der Brust, zog ihm mehrfach an sich heran und versetzte ihm mit der Faust unausgesetzt Stöße ins Gesicht. Dann faßte er ihn an seiner Hand und bemerkte: „Mit den Worten: Der muß noch einige haben!“ versetzte er das Lokal und verarbeitete den beunruhigten draußen Liegenden nochmals mit der Faust. Später schaffte er unter Assistenz seiner Freunde den Mann nach seiner Wohnung, wo er, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, sein Leben aushauchte. Ferdinand Schäfer hatte sich nun vor der Wiesbadener Straßammer wegen Körperverletzung mittels des Lebens gefährdender Behandlung zu verantworten. Er gab dort selbst zu, die Schuld an dem Tod seines Namensvetters zu tragen, entschuldigte sich jedoch mit starker Betrunkendheit. Der Angeklagte wurde zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Der Prozeß um die entführte Javanerin. Berlin, 25. April. In dem Prozeß wegen Entführung einer Javanerin beantragte der Staatsanwalt gegen Polze wegen Entführung, versuchter Erpressung und Unterschlagung eine Gesamtschuld von 8 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust, gegen Frau Polze und Ella Polze wegen Entführung je 100 M. Geldstrafe, gegen Margarete Polze wegen Entführung und Unterschlagung 1 Monat und 3 Tage Gefängnis.

Sport und Luftfahrt.

Turnverein Wiesbaden. Am Sonntag, den 23. April, finden auf dem Spielplatz „Unter den Eichen“ Gesellschaftsspiele in Fußball gegen die hiesige und auswärtige Gegner statt. Beginn vormittags 10 Uhr.

Rußball. Morgen Sonntag, den 24. April, finden auf dem Sportplatz an der Frankfurter Straße zwei weitere

Kolalspiele statt. Um 1/3 Uhr steht die Mannschaft des Fußballvereins des Turnvereins der 1b-Mannschaft des Sportvereins gegenüber. Um 1/5 Uhr steht die 1. Mannschaft des Fußballvereins „Abingold“ Schierstein der gleichen Mannschaft des Wiesbadener Sportklubs gegenüber.

Der Radfahrverein 1901 Wiesbaden fährt am Sonntag, den 26. April, nachmittags 2 Uhr, ab Vereinslokal, Restauration „Bülow-Ed“ (Ecke Schornberg- und Bülowstraße) eine Radtour nach Sonnenberg, Naurad, Kiedernhausen, Rotsbach, Eppstein über Erbenheim zurück.

Mainzer Sportklub. Mit dem neuen karrossierten Fahrrad, dem Brennabor-Fahrrad, der zum erstenmal in Süddeutschland gezeigt wird, bestreitet am Sonntag, an dem die Eröffnungsrennen stattfinden, Rade-Verlin ein Rennen gegen die Meisterfahrer Böcklin und van Gent.

Das Deutsche Verbandsturnfest 1918 in Straßburg. Als Ort für das Deutsche Verbandsturnfest 1918 wurde durch einen freien gefachten Beschluß der Deutschen Turnerschaft die Stadt Straßburg bestimmt.

Eine halbe Million für die olympischen Spiele. Der in Paris lebende griechische Millionär Basilakakos hat dem französischen Sportauschuß die Summe von 500 000 Fr. zur Verfügung gestellt, damit Frankreich auf den im Jahre 1918 in Berlin stattfindenden olympischen Spielen würdig vertreten sei und den französischen Athleten die Möglichkeit geboten werde, sich für diesen Sportwettbewerb genügend vorbereiten zu können.

Das Schachturnier in Petersburg. In der dritten Runde wurden die Partien Aljezowski-Aljechin und Rubinstein-Capablanca in besserer Stellung für Weiß, die Partien Gurewitsch-Larsen, Gurewitsch-Vernekin und Marfak-Basler in besserer Stellung für Schwarz abgebrochen. Janowski war spielfrei.

Einem tollkühnen Flug, der für die Betroffenen noch altschicksalhaft endete, haben am Donnerstag die beiden Piloten Schlegel und Koberbach gemacht. Die beiden Piloten gerieten bei einem Flug über Göttingen-Hamburg in ein Gewitter, das die Göttinger-Luft über 1/2 Stunde lang wie ein Spielzeug durch die Lüfte warf und schließlich die Maschine zu Boden schmetterte. Schlegel schrie an die „Tollkühnen“. Steil schossen wir der Erde zu und in wenigen Minuten lag unser Apparat unten. Glücklicherweise konnten wir uns selbst befreien. Weder ich noch mein Passagier sind ernstlich verletzt worden.

Fliegerabsturz. München, 25. April. Der Münchener Fliegerabsturz Dr. Ludwig Hörmann ist gestern bei Ablegung der Pilotenprüfung verunglückt. Als er aus 200 Meter Höhe in vorgezeichnetem Gleitflug niederging, verlor er plötzlich die Orientierung und landete im Steilflug in einem Wald bei Oberwiesfeld. Er wurde unter dem zertrümmerten Flugzeug bewußtlos und mit einer schweren, aber nicht lebensgefährlichen Verletzung hervorgezogen.

Neues aus aller Welt.

Die Berliner Gesundheitsbehörde. Berlin, 25. April. Ein umfangreicher Gesundheitsprozeß wird demnächst die Berliner Gerichte beschäftigen. Die beiden wichtigsten Ermittlungsverfahren in den bekannten Fällen Kuba-Buge und Alice v. Arnault haben eine große Menge belastendes Material gegen mehrere Führer und Führinnen des Gesundheitswesens in Berlin ergeben, so daß die Erhebung der Anklage in kurzer Zeit zu erwarten ist. Da dem Prozeß, der in das aller höchste und aller vernünftigste Stadium des Treibens der Gesundheitsbehörde hineinführt, wird eine große Zahl von Sachverständigen geladen werden. Außerdem werden viele Zeugen erscheinen, die zum Teil den „höchsten“ Gesellschaftskreisen angehören.

Selbstmord eines Amtsgerichtsrats im D-Sag. Köln, 24. April. Amtsgerichtsrat Sch. aus Eberfeld hat sich während einer Fahrt im D-Sag eine Kugel in den Kopf geschossen. Der Schwereverletzte ist bald nach seiner Einlieferung im Hospital in Köln gestorben.

Rettung aus Seerot. Bremen, 24. April. Die Rettungsstation Greifelt der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 24. April von dem holländischen Motorschiff „Ginverse“, Kapitan Salomon, mit 2000 beladen, von Greifelt nach Delft bestimmt, eine Person gerettet durch das Rettungsboot der Station.

Sieben Arbeiter bei einem Brande erschlagen. Göttingen, 24. April. In dem neuen Leimbach wurden bei dem Neubau der Rheinischen Dynamitfabrik vier Arbeiter und drei Steinseher bei einem Brande getötet. Sie hatten sich in der Mittagspause am Schlafen niedergelassen und waren dann in dem Rauch erschlagen. Der Brand ist angeblich durch eine weggeworfene Zigarette entstanden.

Wohnhausrat einer Mutter. Schell, 24. April. Die Frau des Gemeinderates Petrad kürzte sich in einem Anfall von nervöser Erregung nach einer vorausgehenden Diskussion auf ihre 14 Jahre alte Tochter einwirkte sie und versuchte dann, sich selbst zu erhängen. Von Nachbarn, die hinzukamen, wurde sie davon abgelenkt und der Polizei übergeben.

Eine Millionenunterschlagung. Paris, 24. April. Die Polizei hat heute den Geschäftsführer Nikolaus Georg Jüvelski aus Triest verhaftet, der beschuldigt wird, Unterschlagungen von über einer Million Franken bei der Affäre einer großen Bank in Smyrna verübt zu haben. Diese Bank ist die Smyrner Filiale der Banque d'Orient. Jüvelski gestand, daß er die Summe im Vorsehensfeld verloren habe.

Ein ungetreuer Börsenagent. Paris, 25. April. Gestern nachmittags erfolgte hier die Verhaftung eines aus Triest gebürtigen Börsenagenten namens Gebrüder, der beschuldigt ist, bei der hiesigen Orientbahn-Gesellschaft Gelder in Höhe von 600 000 Franken unterschlagen zu haben. Er ist geflohen.

Reiseverantwortung auf einen Kaplan. Rom, 25. April. In Torre del Greco bei Neapel wurde gestern ein Kaplan von seinem 16-jährigen Neffen auf offener Straße überfallen. Der Neffe gab drei Revolverkugeln auf den Oberarm ab, ohne diesen jedoch zu treffen. Er verwundete jedoch einige Passanten. Er wurde schließlich entwischt und der Polizei übergeben.

Die Opfer des russischen Überfluges. Petersburg, 24. April. Die Zahl der Opfer des Überfluges ist bedeutend größer, als ursprünglich angegeben wurde. Es wurden nicht weniger als 1500 sinnlos getötete im Polizeirevier eingeliefert, von denen 11 an Alkoholvergiftung starben. 800 Verwundeten mußte ärztliche Hilfe geleistet werden.

Gestohlene Wertgegenstände. Petersburg, 24. April. Vor einiger Zeit verschwanden in dem hiesigen Hauptpostamt aus einem an einen Goldschmied adressierten Einschreibebrief drei Wertgegenstände im Werte von 60 000 R. Diese Schmiede sind nunmehr in einem auf dem Hauptpostamt aufgestellten Briefkasten wieder aufgefunden worden. Man vermutet, daß ein Postbeamter die Briefe geklaut hatte, sich aber ihrer wieder entledigte, nachdem er sich davon überzeugt hatte, daß deren Verlust auf Schwierigkeiten stoßen würde.

Schiffsunfälle. Tanger, 25. April. Der vor einiger Zeit verunglückte Dampfer „Viebsfeld“ ist wieder flott gemacht worden. Er konnte gestern mit eigener Maschinenkraft in den Hafen von Tanger einlaufen. — Der gestern in der Nähe von Ceuta gesunkene Dampfer ist das spanische Schiff „Viegon“. Von der 20 Mann starken Besatzung konnten 19 gerettet werden.

Die Deulenpest in Japan. Tokio, 24. April. In der Umgegend von Tokio haben sich 500 Erkrankungen an Deulenpest ereignet.

